



**Bildungsberichterstattung für das Land Bremen  
Herausgegeben von der Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit**

**Autorenteam Bildungsberichterstattung Bremen und Bremerhaven:**

# **Bildung – Migration – soziale Lage**

## **Voneinander und miteinander lernen**

## Impressum:

Reihe: Bildungsberichterstattung für das Land Bremen

Herausgeberin der Reihe: Die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit

Band 1: **Bildung – Migration – soziale Lage**  
Von einander und miteinander lernen

Bremen 2012

Umschlagdesign: Alexandra Brietzke

Druck: Die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit

### **Autorenteam Bildungsberichterstattung Bremen und Bremerhaven:**

bei der Senatorin für Bildung, Wissenschaft und  
Gesundheit:

Lutz Jasker  
Annemarie Klemm  
Dr. Daniel Kneuper (Federführung)  
Simon Ott (Projekt Lernen vor Ort)

im Schulamt Bremerhaven:

Ulrich Bornschein  
Torsten Sniegs (Projekt Lernen vor Ort)

im Landesinstitut für Schule, Bremen:

Dietmar Kirchhoff

im Statistischen Landesamt Bremen:

Barbara Rösel

### **Beratung und Unterstützung:**

Wissenschaftliche Expert/innen und  
Einrichtungen:

Prof. Dr. Andreas Breiter,  
Institut für Informationsmanagement  
Bremen

Angelina Lange,  
Institut für Informationsmanagement  
Bremen

Prof. Dr. Yasemin Karakaşoğlu,  
Universität Bremen

Prof. Dr. Paul Mecheril,  
Universität Oldenburg

Dr. Urte Pohl,  
Deutsches Institut für Internationale  
Pädagogische Forschung

bei der Senatorin für Bildung, Wissenschaft und  
Gesundheit:

Dr. Thomas Bethge, Petra Flügge, Anke  
Haskamp, Andrea Herrmann-Weide,  
Lena Hochstein, Thomas Hohen-  
hinnebusch, Cornelia von Ilsemann,  
Petra Jendrich, Heidrun Kampe,  
Helmut Kehlenbeck, Werner Meinken,  
Dr. Jens Reißmann, Heiko Winkler,  
Michael Wünker  
und alle weiteren Mitarbeiterinnen und  
Mitarbeiter des Referat 10

bei der Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend  
und Frauen / Amt für Soziale Dienste:

Monika Frank, Peter Dick, Rolf Derzak,  
Heinz Knödel, Sabine Pregitzer

Amt für Jugend, Familie und Frauen,  
Bremerhaven:

Robert Reichstein

Schulamt Bremerhaven:

Margot Döpke-Würdemann

## Vorwort der Senatorin

„Voneinander und miteinander lernen“ – dieser Titel für den ersten Band der Bildungsberichterstattung für das Land Bremen und die beiden Städte Bremen und Bremerhaven kommt nicht von ungefähr.

Als ich seinerzeit den Auftrag erteilt habe, einen Bildungsbericht für das Land Bremen zu erstellen, waren durch die großen Leistungsvergleichsstudien schon einige zentrale Befunde bekannt: Die Leistungen von Schülerinnen und Schülern unterschiedlicher Herkunft und unterschiedlicher sozialer Ausgangslage unterscheiden sich im Land Bremen deutlich. Insbesondere bei einer für die Entwicklung des Landes sehr wichtigen Bevölkerungsgruppe, nämlich denjenigen Kindern und Jugendlichen, deren Eltern oder die selbst nicht in Deutschland geboren wurden, gibt es einen besonders hohen Anteil, die bezüglich ihrer Teilhabe an Bildung und der Entwicklung zentraler Kompetenzen benachteiligt sind. Dies geht häufig mit einer sozialen Benachteiligung einher.

Mit dem Schulentwicklungsplan aus dem Jahre 2008 und der daraus resultierenden Schulgesetznovelle im Jahr 2009 wurden bereits zentrale Weichenstellungen vorgenommen, um diesem Problem zu begegnen: Durch die Einführung der Oberschule als einzige allgemeine Schulart der Sekundarstufe neben dem Gymnasium ist Bremen Vorreiter einer Entwicklung geworden, die bundesweit mehr und mehr Nachahmer findet. Warum? Diese neue Schulart wurde als eine gleichwertige Bildungseinrichtung entwickelt, in welcher der Gedanke des längeren gemeinsamen Lernens bis ins späte Jugendalter realisiert werden kann. Gemeinsames Lernen zu ermöglichen heißt hier, die Individuen nach bestem Wissen und Gewissen zu fördern, das Miteinander- und Voneinander-Lernen zu entwickeln, über soziale und kulturelle Grenzen, über Geschlechtergrenzen und über intellektuelle und körperliche Grenzen hinweg. Bremens Bildungssystem soll sich zu einem System entwickeln, das alle Menschen mit ihren Besonderheiten einschließt, das mit seiner inklusiven Zielsetzung Chancen eröffnet und nicht begrenzt. Alle Schulen des bremischen Bildungssystems haben diesen schulgesetzlichen Auftrag.

Durch die gesetzliche Neuregelung ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung unternommen worden. Es bedarf jedoch einer Optimierung in allen Bereichen des Bildungsprozesses – und zwar unter der besonderen Perspektive von Migration und sozialer Lage. Aus diesem Grund habe ich im Sommer 2010 den Auftrag für folgende Produkte erteilt:

- Frau Professor Yasemin Karakaşoğlu von der Universität Bremen erhielt den Auftrag, eine „Wissenschaftliche Expertise mit Handlungsempfehlungen für einen Entwicklungsplan Migration und Bildung“ zu erstellen. Sie wurde bereits Anfang 2011 vorgelegt. Erste Empfehlungen hieraus wurden bereits angegangen, wie z.B. die Umsetzung des Projektes QUIMS („Qualität in multikulturellen Schulen und Stadtteilen“) im Rahmen des Förderprogramms des Bundes „Lernen vor Ort“.
- Ein erster Band zur Bildungsberichterstattung für das Land Bremen und die beiden Kommunen mit dem Themenfokus „Migration und soziale Lage“ – ebenfalls erstellt im Rahmen des Bundesprogramms „Lernen vor Ort“ – soll der zweite wichtige Baustein sein.

Beide sind Grundlage für einen zu erarbeitenden Entwicklungsplan Migration und Bildung, mit dem Empfehlungen für die Weiterentwicklung des Bremer Bildungssystems vorgelegt werden sollen.

Durch diese Einbindung des Bildungsberichtes erhält er zugleich eine besondere Relevanz: Er sollte nicht zum Anschauen und Durchblättern, sondern zur Arbeit mit den Daten erstellt werden. Damit dies gelingen konnte, habe ich seinerzeit den Auftrag erteilt, eine kritische, ungeschminkte Bestandsaufnahme über die Situation des Bildungssystems im Lande Bremen aus dieser besonderen thematischen Perspektive zu erstellen. Der Bericht stellt möglichst die Ausgangssituation vor der Strukturreform dar, damit wir in einigen Jahren in einem Vergleich die Auswirkungen der Reform einschätzen zu können. Um diesen Vergleich zu

ermöglichen, wurde das Schuljahr 2009/10 als Berichtsjahr gewählt. An den Stellen, an denen sich die aus der Schulreform resultierenden Änderungen bereits in der Statistik deutlich niederschlagen, werden zudem ergänzende Analysen mit möglichst aktuellen Daten präsentiert.

Das Autorenteam stand bei der Erstellung vor einer besonderen Herausforderung: Es sollte mit dem Bericht

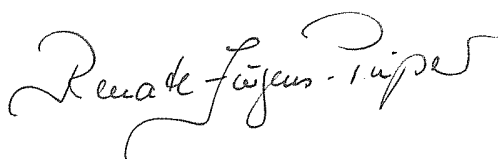
- einen Überblick über die Situation des Bildungssystems liefern und gleichzeitig einen thematischen Fokus verfolgen,
- die Situation in beiden Kommunen des Landes, Bremen und Bremerhaven, beschreiben, damit diese anhand dieses Vergleichs miteinander und voneinander lernen können,
- die Situation im Land Bremen in Bezug zur Bildungslandschaft und auch in Bezug zu anderen Bundesländern setzen, um ggf. auch von ihnen lernen zu können,
- das Bildungssystem aus dem Blick der Adressaten betrachten und daher auch die Übergänge von und aus dem allgemeinbildenden schulischen System untersuchen,
- die Situation im Land zu Beginn der Schulstrukturreform beschreiben und damit eine Datengrundlage erarbeiten, an der sich die zukünftige Entwicklung messen lassen kann und gleichzeitig
- einen möglichst knappen, leicht zu lesenden Bericht vorlegen, mit dem man trotz „trockener“ Statistik gerne weiterarbeiten mag.

Um es vorweg zu nehmen: Der letztgenannte Auftrag war vermutlich der schwierigste von allen. Damit die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihm zumindest in Ansätzen gerecht werden konnten, wurde für diesen Bericht eine Fokussierung auf drei Bereiche vorgenommen, die als zentral für den Verlauf von Bildungsbiographien angesehen werden: frühkindliche Bildung, schulische Bildung und die Übergänge zwischen den Bildungsinstitutionen vom Elementarbereich bis zur beruflichen Bildung. Trotz dieser Beschränkung liegt vor Ihnen nun ein etwa 300 Seiten starker Bericht mit differenzierten, zum Teil sehr tief gehenden Analysen, in denen insbesondere Daten über die Bevölkerung unterschiedlicher Herkunft und sozialer Lage in unserem Land gegenüber gestellt werden. Es ist mir ein Anliegen darauf hinzuweisen, dass diese Gegenüberstellung nicht der Stigmatisierung dienen soll und darf. Die Daten sollen vielmehr Hinweise geben, wie das Bildungssystem für *alle* Menschen im Land Bremen weiter entwickelt werden kann.

An der Erarbeitung des Berichts haben sich etliche Personen und Institutionen konzeptionell, rechnend, schreibend, beratend und auch finanziell beteiligt. Ihnen allen gilt mein Dank.

Ganz besonders bedanken möchte ich mich aber bei allen Lehrkräften, Eltern, Schülerinnen und Schülern im Land Bremen, die tagtäglich die Herausforderungen meistern, vor denen wir in Bremen stehen. Denn wenn der Bericht auch erste statistische Hinweise liefert, dass wir auf einem guten Weg sind: Ein Teil der Erkenntnisse ist auch schmerzlich, führen sie doch vor Augen, dass trotz der bisherigen immensen Anstrengungen aller Beteiligten immer noch Vieles zu tun bleibt.

Ich wünsche mir daher, dass wir dies als gemeinsame Herausforderung annehmen, indem auch wir miteinander und voneinander lernen. Nur so können wir dem gemeinsamen Ziel ein Stück näher kommen: Allen Menschen im Land – unabhängig von ihrer Herkunft und sozialen Stellung – Teilhabe durch Bildung zu ermöglichen.



Bremen im März 2012

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort der Senatorin .....	3
Inhaltsverzeichnis .....	5
<b>Einführung .....</b>	<b>7</b>
Auf dem Weg in die Bildungsgesellschaft .....	9
Konzeption dieses Berichtsbands .....	11
Migration: In der Statistik eine Frage der Definition .....	17
Zentrale Befunde des Bildungsberichts Migration und Soziale Lage .....	21
Weiterentwicklung von Indikatoren .....	40
<b>A Bevölkerungs- und Sozialstruktur, Bildungsstand und -beteiligung .....</b>	<b>41</b>
A1 Bevölkerungsstruktur und -entwicklung .....	43
A2 Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund .....	45
A3 Armutsrisiko und Migration .....	50
A4 Bildungsstand der Bevölkerung .....	59
A5 Bildungsbeteiligung im Land Bremen .....	64
Zusammenfassung .....	66
<b>B Finanzierung von Bildung .....</b>	<b>69</b>
B1 Finanzierung der Bildungseinrichtungen im Land Bremen .....	71
B2 Anteil der Bildungsausgaben nach Bildungsbereichen an den Gesamtausgaben .....	74
B3 Laufende Bildungsausgaben je Bildungsteilnehmerin und -teilnehmer .....	80
Zusammenfassung .....	84
<b>C Tagesbetreuung für Kinder im Elementarbereich .....</b>	<b>85</b>
Einführung .....	87
C1 Versorgungsangebot: Plätze in der Kindertagesbetreuung .....	89
C2 Kinder in der Kindertagesbetreuung .....	96
C3 Kinder mit Migrationshintergrund in Kindertageseinrichtungen .....	99
C4 Ergebnisse vorschulischer Sprachstandsfeststellungen .....	103
C5 Personal in der Kindertagesbetreuung .....	106
Zusammenfassung .....	111
<b>D Überblick über das Schulsystem .....</b>	<b>113</b>
D1 Das allgemeinbildende Schulsystem im Land Bremen .....	115
D2 Das Angebot allgemeinbildender Schulen im Land Bremen .....	120
D3 Schülerinnen und Schüler in allgemeinbildenden Schulen im Land Bremen im Schuljahr 2009/10 .....	132
D4 Ganztagschulen im Land Bremen .....	138
D5 Schülerinnen und Schüler in öffentlichen und privaten Ganztagschulen und ganztägiger Betreuung .....	144
D6 Sonderpädagogische Förderung im Land Bremen .....	146
D7 Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf im Land Bremen .....	151
D8 Das berufsbildende Schulsystem im Land Bremen .....	156
D9 Schülerinnen und Schüler in berufsbildenden Schulen im Land Bremen .....	160
Zusammenfassung .....	164

<b>E Allgemeinbildende Schulen: Migration und soziale Lage.....</b>	<b>167</b>
E1 Migration in den Schulen im Land Bremen.....	169
E2 Schülerschaft an den öffentlichen, allgemeinbildenden Schulen im Land Bremen: Migration und soziale Lage.....	181
E3 Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf: Migration und soziale Lage.....	185
E4 Personelle Ausstattung aus der Perspektive von Migration und sozialer Lage.....	188
Zusammenfassung.....	193
<b>F Übergänge in der Bildungsbiografie aus der Perspektive von Migration und sozialer Lage .....</b>	<b>197</b>
F1 Der Übergang in die Grundschule .....	199
F2 Übergang von der Grundschule in die Sekundarstufe I.....	202
F3 Verteilung der Schülerinnen und Schüler nach Schulformen in der achten Jahrgangsstufe .	212
F4 Übergang in berufliche Bildungsgänge.....	215
F5 Übergang in die Gymnasiale Oberstufe der allgemein bildenden Schulen.....	225
F6 Verzögerte Bildungskarrieren im allgemeinbildenden Schulsystem.....	233
F7 Schulartwechsel in der Sekundarstufe I .....	240
F8 Bildungswege aus der Perspektive von Geschlecht und kultureller Herkunft .....	246
Zusammenfassung.....	251
<b>G Leistungen und Abschlüsse .....</b>	<b>261</b>
Einführung .....	263
G1 Leistungen Bremer Schülerinnen und Schüler gegen Ende der Grundschulzeit.....	265
G2 Leistungen von Bremer Schülerinnen und Schülern gegen Ende der Sekundarstufe I.....	268
G3 Leistungen der Schülerinnen und Schüler im Abitur.....	272
G4 Abschlüsse in allgemeinbildenden Schulen.....	274
G5 Abschlüsse in den berufsbildenden Schulen .....	280
Zusammenfassung.....	285
<b>Anhang .....</b>	<b>289</b>
Literaturverzeichnis .....	291
Gesetzesverzeichnis .....	300

# Einführung

Daniel Kneuper

---

**„Bildung bestimmt nicht nur die Entwicklungs- und Handlungschancen jedes und jeder Einzelnen in Beruf, Privatleben und als Bürger, sondern auch die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft“ (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008, S. 6).**

---

Allen Menschen in Bremen Entwicklungs- und Handlungschancen zu bieten und gleichzeitig die Zukunftsfähigkeit des Landes zu stärken, ist eine der zentralen Herausforderungen, der sich das Land Bremen immer wieder stellen muss und auch stellt. Im Land Bremen leben rund 170.000 Menschen mit Migrationshintergrund, etwa 94.000 Menschen erhalten Leistungen nach dem SGB II. Damit stehen nicht nur diese Menschen im Land Bremen, sondern steht das Land insgesamt vor einer besonderen Herausforderung: Es gilt Sprachbarrieren zu überwinden, soziale und kulturelle Unterschiede zu überbrücken und Ressentiments von Teilen der Gesellschaft entgegen zu treten, um letztendlich allen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes Chancen auf gleichberechtigte Teilhabe und Bildung zu eröffnen.

---





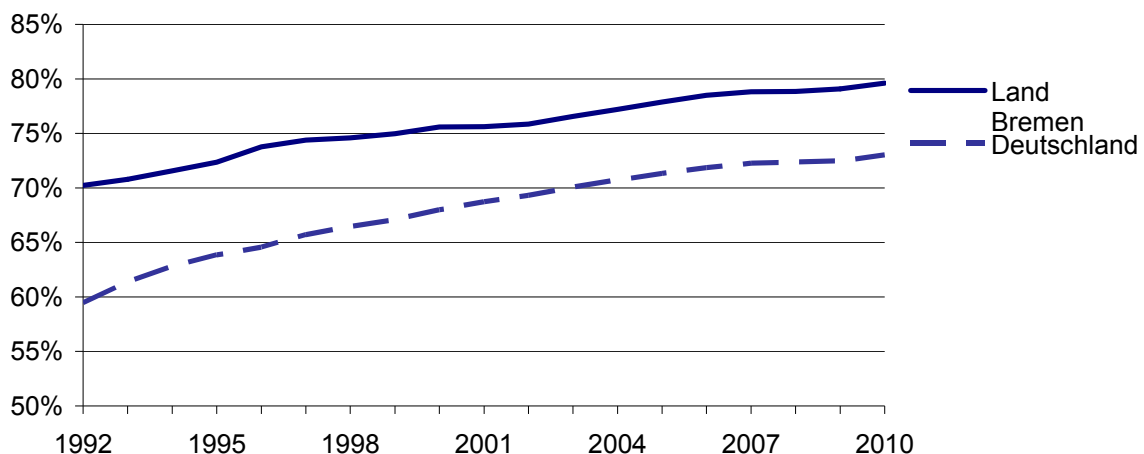
## Auf dem Weg in die Bildungsgesellschaft

Bildung, das hat die Autorengruppe Bildungsberichterstattung in dem oben zitierten Bericht betont, ist ein zentraler Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe. Sie ist „eine zentrale Zugangsvoraussetzung zu Kultur und Erwerbssystem einer Gesellschaft und hat daher Einfluss auf viele andere Dimensionen der Lebenslage“ (Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik und Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH 2009, S. 43). Letztendlich stehen in einem hochentwickelten Land wie Deutschland finanzielle Unabhängigkeit, Qualität des Arbeitsplatzes, die Höhe des Erwerbseinkommens und nicht zuletzt auch das gesellschaftliche Engagement jedes Einzelnen in einem engen Zusammenhang mit ihrem Bildungsstand (vgl. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2009, S. 29). Dies liegt insbesondere an Veränderungen im Wirtschafts- und Beschäftigungssystem begründet:

„Die Humanressourcen sind in hochentwickelten Volkswirtschaften für die Wirtschaftsdynamik wichtiger als das Sachkapital. Personenbezogene Dienstleistungen sowie Wissens- und Informationsberufe, die neue und hohe Qualifikationen erfordern, binden einen überproportional wachsenden Anteil der Erwerbstätigen, während die Nachfrage nach Arbeitskräften ohne abgeschlossene Ausbildung weiter zurückgeht“ (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008, S. 6)

Nicht nur die lokale sondern auch die überregionale und globale wirtschaftliche Entwicklung hat eine hohe Relevanz für die Bewohnerinnen und Bewohner des Landes: Sie müssen sich in Zukunft immer stärker einem internationalen, globalisierten Arbeitsmarkt bewähren können. Sowohl in Deutschland als auch im Land Bremen ist eine stetige Entwicklung der Beschäftigungsstruktur in Richtung Dienstleistungsbereich zu verzeichnen, wie die folgende → [Abbildung 1](#) veranschaulicht.

**Abbildung 1 Anteil der Erwerbstätigen im erweiterten Dienstleistungsbereich\***

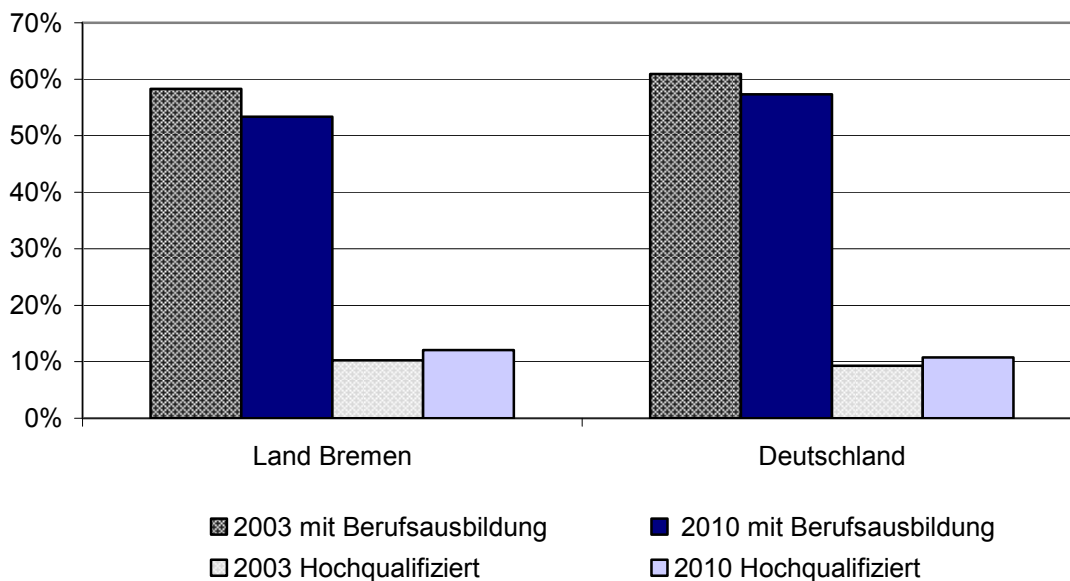


Quelle: Statistisches Bundesamt Deutschland, Tabellen 13311-0001 und 13311-0002

\* Anteil der Erwerbstätigen in den Wirtschaftszweigen: „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“, „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen“ und „Öffentliche und private Dienstleister“

Parallel zur Veränderung der Beschäftigungsstruktur hat sich auch der Ausbildungsstand der Beschäftigten im Alter von 25 bis 30 Jahren verändert (→ [Abbildung 2](#)). Auch hier ist eine Verschiebung des Qualifikationsniveaus in Bremen sowie auch in Deutschland insgesamt zu beobachten: Der Anteil der Hochqualifizierten ist seit dem Jahr 2003 gestiegen, der von Personen mit einer „einfachen“ Berufsausbildung deutlich gesunken.

**Abbildung 2**      **Entwicklung des Ausbildungsstandes der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zwischen 25 und 30 Jahren**



Quelle: Bundesagentur für Arbeit Stichtag 2004b, Stichtag 2004a, Stichtag 2010a, Stichtag 2010b

\* Hochqualifiziert = Abschluss an einer höheren Fachschule, Fachhochschule oder Hochschule

Diese Zahlen zeigen einerseits, dass sich im Land Bremen das Qualifizierungsniveau der Bewohnerinnen und Bewohner in einer Weise verändert, die der allgemeinen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt Rechnung trägt.

Zugleich werden durch den Wandel zu einer stark an Technologie orientierten Informationsgesellschaft neue Herausforderungen an die Kompetenzen der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland und damit auch im Land Bremen formuliert. Dies bedeutet, dass im Bildungssystem eine steigende Zahl von Personen zu höheren Qualifikationen geführt werden muss, sodass sie den veränderten Anforderungen im Arbeitsmarkt gewachsen sind. Eine zentrale Aufgabe der Bildungseinrichtungen im Land Bremen ist daher, Kinder, Jugendliche und Erwachsene auf diese Anforderungen vorzubereiten. Es gilt, ihnen die für das Erwerbsleben notwendigen Kompetenzen zu vermitteln, ohne dabei die Perspektive aus dem Blick zu verlieren, sie auch auf gesamtgesellschaftliche Teilhabe und Verantwortungsübernahme vorzubereiten. Sie müssen neben Kompetenzen in einzelnen Disziplinen auch über eine solide Allgemeinbildung verfügen, also die Fähigkeit zur Selbstbestimmung, Mitbestimmung und Solidarität, um es in den Kategorien Klafkis zu formulieren (vgl. Klafki 1990, S. 95) – und den dazu notwendigen Kompetenzen.

## Konzeption dieses Berichtsbands

### ► Schwerpunkt dieses Bandes: Migration und soziale Lage

Die großen Schulleistungsvergleichsstudien IGLU, PISA und die Überprüfung der Bildungsstandards im Ländervergleich haben aufgezeigt, dass Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund deutschlandweit und auch im Land Bremen deutlich schlechtere Leistungen in zentralen Kompetenzen erreichen als diejenigen deutscher Herkunft. Dabei gibt es zahlreiche Staaten, in denen dieser Zusammenhang nicht so eng ausfällt wie in Deutschland. Auch bezüglich der Bildungsbeteiligung sind Migrantinnen und Migranten deutlich benachteiligt: Sie sind seltener in Bildungsgängen zu finden, die zu höherwertigen Abschlüssen führen, als ihre Mitschülerinnen und Mitschüler ohne Migrationshintergrund (vgl. z.B. Bos et al. 2007; Böhme et al. 2010b; Stanat et al. 2010). Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund haben damit in Deutschland und auch in Bremen deutlich schlechtere Chancen bezüglich der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Zugleich wurde in diesen Studien herausgearbeitet, dass im deutschen Bildungssystem große soziale Unterschiede herrschen. Ein wenig plakativ formuliert lautet der Befund: Kinder aus einer Arbeiterfamilie haben geringere Chancen, eine hohe Qualifikation zu erreichen, als die einer Professorenfamilie. Dies gilt auch dann, wenn die Kinder beider Familien in einem Schulleistungstest das gleiche Ergebnis erzielen. Diese Koppelung von sozialer Lage und Bildungserfolg und -teilhabe ist für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund besonders relevant. Ein wichtiger Faktor für die Bildungssituation von Migrantinnen und Migranten scheint zu sein, dass sie häufiger in sozioökonomisch schlechterer Situation leben als ihre deutschen Mitbürgerinnen und Mitbürger. So besteht für Migrantinnen und Migranten in Deutschland „ein wesentlich höheres Armutsrisiko als [für] die deutsche Bevölkerung“ (Projektgruppe "Lebenslagen in Bremen" 2009, S. 248). Und dies scheint sich in ihrem Bildungsweg und -erfolg niederzuschlagen. Zugleich ist der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund in den vergangenen Jahren gestiegen: Während im Jahr 2005 2.338 Kinder mit Migrationshintergrund unter einem Jahr registriert waren (das entspricht einem Anteil von 42,4%), waren dies im Jahr 2010 2.403 Kinder (44,4%). In der Gruppe der Deutschen ging die Zahl zurück: Von 3.179 auf 3.008 Kinder. Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sind also eine wichtige Stütze gegen den drohenden Bevölkerungsschwund des Landes Bremen.

Für das Land Bremen wurde im Armuts- und Reichtumsbericht herausgearbeitet, dass ein hoher Anteil von Personen von Armut bedroht ist. „Im Land Bremen und besonders in der Stadtgemeinde Bremerhaven liegt der Anteil der von Überschuldung bedrohten oder bereits überschuldeten Privatpersonen und -haushalte bundesweit auf Höchstniveau (Projektgruppe "Lebenslagen in Bremen" 2009, S. 7, Original mit Hervorhebung). Für die Stadt Bremen wurde – wie es auch für anderen Großstädte bekannt ist – zudem ein starker Unterschied zwischen den Ortsteilen konstatiert: Sie unterscheiden sich bezüglich der sozioökonomischen, kulturell-ethnischen und familiären Situation der jeweils dort lebenden Bevölkerung sehr deutlich (sogenannte Segregation, vgl. Projektgruppe "Lebenslagen in Bremen" 2009, S. 340ff. sowie → [Teil A](#)). Der Bericht liefert ferner deutliche Hinweise dafür, dass sich die Koppelung prekärer Lebenslagen und Migration in etlichen Ortsteilen der Stadt fortsetzt, in anderen hingegen privilegierte Lebenssituationen vorherrschen, an denen Migrantinnen und Migranten vermutlich wenig teilhaben. Vor dem Hintergrund der bereits skizzierten Befunde der empirischen Bildungsforschung ist davon auszugehen, dass sich diese Segregationseffekte auch im Bildungsbereich nieder schlagen. Weitere Befunde legen zudem die Vermutung nahe, dass eine sozial negativ segregierte Schülerschaft zur Ausbildung von Lernmilieus führen kann, in denen Lernen deutlich erschwert wird (vgl. Baumert et al. 2006).

Der gesellschaftliche Auftrag für das Bildungssystem lautet, allen Schülerinnen und Schülern einen möglichst optimalen Bildungsweg zu ermöglichen. Vor dem Hintergrund dieser bisherigen knappen Ausführungen wird jedoch deutlich, dass dies im Land Bremen keine leichte

Aufgabe ist: Die Notwendigkeit, im Bildungssystem das gemeinsame Lernen von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund zu unterstützen, nimmt zu. Zugleich setzen soziale und kulturell-ethnische Segregation in der Stadt Bremen Rahmenbedingungen, die für Lernprozesse nicht förderlich sind. Da zudem bekannt ist, dass insbesondere der „Wohnungsmarkt die entscheidende Rolle bei der Entstehung von Segregation spielt“ (Projektgruppe "Lebenslagen in Bremen" 2009, S. 342) und sozialer Status sowie Bildungsorientierung von Eltern die Lernbiographie maßgeblich beeinflussen, wird deutlich, dass das Bildungssystem Faktoren ausgesetzt ist, auf die seine Akteure wenig Einfluss haben. Dessen ungeachtet wird immer wieder die Hoffnung formuliert, dass durch Bildung die Ungleichverteilung von Lebenschancen in der Gesellschaft zumindest reduziert werden kann.

Das Bildungssystem des Landes Bremen und damit all diejenigen, die Bildungsprozesse in Bremen gestalten, stehen damit vor einer besonderen Herausforderung. Durch das Schulgesetz von 2009 sind die zentralen strukturellen Weichen gestellt worden, um dem Ziel näher zu kommen. Eine erfolgreiche Umsetzung dieser Reform bedeutet, dass *alle* Akteure miteinander und voneinander Lernen und das Miteinander- und Voneinander-Lernen über kulturelle, ökonomische und Bildungsgrenzen hinweg in den Mittelpunkt stellen.

## ► Ziele dieses Bandes

Insbesondere seit der Veröffentlichung der ersten PISA-Studie im Jahr 2001 wurden im Land Bremen zahlreiche Maßnahmen in die Wege geleitet, mit denen man den oben aufgezeigten Problemlagen begegnen will. Sie wurden schließlich im Schulentwicklungsplan von 2008 (vgl. Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft 2008) und einem neuen Schulgesetz im Jahr 2009 (BremSchulG 2009) systematisiert und auf einander abgestimmt. Zudem hat sich die Erkenntnislage in der empirischen Bildungsforschung in den vergangenen Jahren deutlich verbessert.

Die bis hierher knapp skizzierte bereits bekannte Befundlage war schließlich Ausgangspunkt dafür, die Erstellung eines Entwicklungsplanes „Migration und Bildung“ in Auftrag zu geben. Für die Entwicklung eines solchen Planes bedarf es jedoch aus zweierlei Perspektiven einer Sichtung und Systematisierung: Zum einen ist der Stand der Maßnahmen und die Entwicklung im Bildungssystem aus dieser speziellen Perspektive auszuwerten. Dies hat Frau Professor Yasemin Karakaşoğlu (Universität Bremen) in ihrer „Wissenschaftlichen Expertise mit Handlungsempfehlungen für einen Entwicklungsplan Migration und Bildung“ geleistet und mit Handlungsempfehlungen verbunden (vgl. Karakaşoğlu 2011). Zum anderen ist der Status Quo der Situation aus empirischer Sicht bzw. aus Sicht der Bildungsstatistik zu beschreiben. Dies soll dieser erste Band der Bremer Bildungsberichterstattung leisten. Durch das Zusammenspiel beider Bestandsaufnahmen wird ein gutes Fundament bereit gestellt, um einen Entwicklungsplan zu erarbeiten.<sup>1</sup>

Dem skizzierten Auftrag entsprechend soll dieser Bericht also einen Überblick über zentrale Kenndaten zum Bildungssystem liefern. Vor dem Hintergrund der oben skizzierten Befunde der empirischen Sozialforschung zur Kopplung prekärer Lebenslagen, Migration und Bildung erschien es sinnvoll, den Themenfokus dieses Berichts nicht nur auf „Migration“ zu beschränken, sondern auch die „soziale Lage“ in den Blick zu nehmen.

Neben dieser grundlegenden Funktion, für zentrale bildungspolitische Steuerung und Entscheidungsprozesse einen problemorientierten Überblick zu liefern, bietet dieser Berichtsband weitere Möglichkeiten der Nutzung:

Durch die im Bericht gewählte Indikatorik und Form der Datenaufbereitung soll der Bericht auch die Möglichkeit bieten, für einzelne Ortsteile oder Ortsteilgruppen in beiden Städten

---

<sup>1</sup> Um die Anschlussfähigkeit von Expertise und diesem Bericht zu gewährleisten, wurden Zwischenergebnisse der Arbeit an diesem Bericht für die Erstellung der Expertise zur Verfügung gestellt.

spezifische Analysen erstellen zu können und eine Einordnung in den Kontext der Stadt zu ermöglichen.

Dies gilt letztendlich auch für einzelne Institutionen: Ein großer Teil der gewählten Kennzahlen kann zur Begleitung von Qualitätsentwicklungsprozessen genutzt werden. Ein erstes Beispiel, in dem dies Anwendung finden soll ist das Projekt QUIMS („Qualität in multikulturellen Schulen und Stadtteilen“), in dem sich die Bildungsakteure in Gröpelingen mit den zentralen Problemlagen, die in diesem Bericht beschreiben werden, auseinandersetzen und die bestehenden Qualitätsentwicklungsprozesse in Bildungsinstitutionen vor Ort systematisieren und stärker auf einander beziehen wollen. Besondere Problemlagen zu identifizieren, sie in Relation zur Situation im Stadtteil und der Stadt setzen zu können und ein Instrument zur Beobachtung der Entwicklung zu entwickeln, dazu soll dieser Bericht die inhaltliche und methodische Ausgangsbasis sein, die spezifisch weiter zu entwickeln ist.

Bereits im Leitbild 2020 zur Stadtentwicklung in Bremen wurden für die weitere Entwicklung feste Zielgrößen formuliert (→ [Kasten](#)), die ein Controlling des Entwicklungsprozesses ermöglichen sollen. An diesem Konzept anschließend soll eine weitere zentrale Funktion dieses Berichts sein, für die kommenden Jahre der Umsetzung des Entwicklungsplanes Migration und Bildung ein ähnliches Instrumentarium bereit zu stellen, an dem sich Veränderungen ablesen lassen: Die relevanten Kennzahlen sind identifiziert worden, die Entwicklungsziele können auf seiner Basis im Entwicklungsplan formuliert werden. So wird in Zukunft ein Controlling ermöglicht.

Kurz: Der Bericht wurde erstellt, damit mit ihm gearbeitet werden kann. Ob er dieses Potenzial tatsächlich bietet, wird sich in der Umsetzung zeigen.

#### Zielperspektiven für den Bildungsbereich im Leitbild 2020 zur Stadtentwicklung in Bremen

##### „Bremen will ...

- ... die Betreuungsquote der Kinder unter drei Jahren auf 35 % ausweiten (bis 2013);
- ... die Betreuungsmöglichkeiten für Kinder im Grundschulalter in und außerhalb von Schulen auf bis zu 40 % ausweiten (bis 2013);
- ... den Anteil der Schulabgänger mit erfolgreichem Abschluss von 90 auf 95 % erhöhen (bis 2012);
- ... den Anteil der Schulabgänger mit erfolgreichem Abschluss bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund von 80 auf 85 % erhöhen (bis 2012);
- ... erreichen, dass allen Jugendlichen ein geeigneter Ausbildungsplatz angeboten wird;
- ... die Abiturquote in den ärmeren Quartieren von 18 % auf 25 % erhöhen“  
(Der Senator für Umwelt 2009, S. 51)

### ► Die Rolle des Autorenteam: Beschreibung und Analyse, nicht Bewertung

Die oben formulierten Leitfragen haben einen stark bewertenden Anteil: Sie erfordern letztendlich immer eine Einordnung, welche Antworten bzw. welche Antwortausprägungen einen zufriedenstellenden Status beschreiben und welche Entwicklungsnotwendigkeiten signalisieren. Die damit verbundene Notwendigkeit einer Bewertung der Daten ist jedoch ein nicht zu unterschätzendes Problem: Wer legt z.B. fest, welcher Befund letztendlich besonders besorgniserregend ist und daher einer dringlichen Bearbeitung bedarf und welcher Befund eher vernachlässigt werden kann? Eine Hilfestellung kann sein, Bezugsnormen zu beschreiben, an denen sich Dringlichkeit ablesen lässt. Diese Bezugsnormen können sich dabei auf inhaltliche Kriterien (kriteriale Bezugsnorm), auf soziale Vergleiche (soziale Bezugsnorm) oder auf die Entwicklung (ipsativer Vergleich) beziehen, wobei für die letzten beiden Punkte wiederum formuliert werden muss, welche Vergleichsergebnisse als zufrieden stellend bewertet werden und welche nicht. Dies kann letztendlich nur eine normative Setzung sein, deren Ursprung allenfalls zu einem Teil in wissenschaftlichen Erkenntnissen liegt, zuletzt aber immer einen gesellschaftlichen Konsens darstellen müssen. Dies kann also nur Aufgabe von Politik und Gesellschaft sein, nicht aber die des Autorenteam dieses Berichts. Aus diesem

Grunde haben sich alle Autorinnen und Autoren dieses Bandes darum bemüht, auf der Ebene der Beschreibung und Analyse zu verbleiben. Ob es gelungen ist, mögen andere bewerten.

### ► Datenbasis dieses Berichtsbandes

Auch wenn sich die Autorinnen und Autoren dieses Berichts an einem Indikatorensystem orientieren, wie es in anderen Berichten gewählt wird, und sich ebenfalls dem Konzept „Bildung über die Lebenszeit“ verpflichtet fühlen, so unterscheidet sich dieser erste Band der Bildungsberichterstattung für das Land Bremen durch seine thematische Eingrenzung deutlich von den Berichtsformaten, die bislang in anderen Bundesländern und Kommunen gewählt wurde:

Zwar wurden auch für diesen Bericht etliche der üblichen Kennzahlen verwendet, anhand derer üblicherweise eine Einschätzung von Kontext-, Input-, Prozess-, Output- und Outcome-Merkmalen des Bildungssystems vorgenommen werden kann. Jedoch ist in dem Bericht das zentrale Kriterium für die Auswahl der zu präsentierenden Kennzahlen die leitende Analyseperspektive: Migration und soziale Lage.

Zudem soll das Land Bremen in einen Bundesländervergleich eingeordnet werden. Hierbei stellt sich das Problem, dass die unterschiedliche Zusammensetzung der Bevölkerung von (Groß-) Stadt und ländlichen Regionen und die damit verbundenen unterschiedlichen Anforderungen an das Bildungssystem bei einem Vergleich von Kennzahlen aus Stadtstaaten mit denen aus Flächenländern keine Berücksichtigung findet. So sind Großstädte in besonderem Maße Anlaufpunkte für Personen in sozial prekären Lagen, sie bieten preiswerte Mobilität, die Infrastruktur für soziale Kontakte und einen einfachen Zugang zum Arbeitsmarkt. Die umfassenden Bildungs- und Betreuungsangebote mit einem üblicherweise höheren Anteil an Betreuungs- und Ganztagsschulangeboten machen Großstädte beispielsweise attraktiv für alleinerziehende Eltern, welche eine der bedeutendsten Risikogruppen für Armut und Bildungsbenachteiligung darstellen (Projektgruppe "Lebenslagen in Bremen" 2009, S. 73). Ein großer Teil der bürgerlichen Mittelschicht wiederum siedelt im Umkreis der Kernstädte und pendelt zu den jeweiligen Arbeitsplätzen. Die Kinder dieser bildungsnahen, bürgerlichen Mittelschicht sind typischerweise seltener von Bildungsdefiziten betroffen, besuchen jedoch eine wohnortnahe allgemeinbildende Schule im Umland. Zu einem späteren Zeitpunkt ihrer Bildungskarrieren kehrt ein Teil dieser Menschen als Bildungspendler/-innen zurück, wenn sie Angebote beruflicher Bildung oder ein Studium wahrnehmen. Die so entstehenden Unterschiede der Bevölkerungsstrukturen von Stadt und Umland schlagen sich in den statistischen Kennwerten von Stadtstaaten nieder. So fällt ein beträchtlicher Anteil der Menschen, die in Bremen oder Bremerhaven arbeiten und deren Infrastruktur nutzen, aus der statistischen Darstellung für die Stadt heraus, weil sie in niedersächsischen Nachbargemeinden wohnen<sup>2</sup>.

An diesen Beispielen wird deutlich: Ein Vergleich von Kennzahlen von Stadtstaaten und Flächenländern ist nur bedingt sinnvoll. Daher werden für fast alle in diesem Bericht präsentierten Kennzahlen neben einem Wert für das gesamte Bundesgebiet nur die Daten der anderen beiden Stadtstaaten, Berlin und Hamburg, aufgeführt.

Diese Beschränkung wurde gewählt, um gleichzeitig die spezifische Situation in den beiden Städten Bremen und Bremerhaven heraus arbeiten zu können, da Steuerung im Bildungssystem immer im Verbund von Land und Kommunen gedacht werden muss. Zwar wäre es

---

<sup>2</sup> Auch dünn besiedelte Räume in Flächenländern haben spezifische Probleme. So stellt sich hier zum Beispiel aufgrund der geringen Dichte von Schülerinnen und Schülern die Frage, welche Schularten an welchen Orten eingerichtet werden können oder ob eine Beförderung von Schülerinnen und Schülern sinnvoll ist.

wünschenswert gewesen, auch auf kommunaler Ebene statistisch passende Vergleiche anbieten zu können, indem die Kennzahlen der beiden Städte in den Kontext ähnlich strukturierter Städte gestellt werden. Dies war jedoch aufgrund der eingeschränkten Datenlage nicht möglich.

Vor dem Hintergrund des komplexen Auftrages wurde auch ein weiteres, in vielen Bildungsberichten deutlich werdendes Anliegen weniger ausführlich verfolgt: einen Gesamtüberblick über das Bildungssystem zu liefern. Dies hat zum einen zur Konsequenz, dass in diesem Beitrag in erster Linie nur die Bereiche allgemeiner Bildung und die Übergänge zwischen diesen Bildungsbereichen und in die berufliche Bildung in den Blick genommen werden. Analysen zu weiteren Bildungsbereichen sollen späteren Berichtsbänden vorbehalten bleiben. Zum anderen werden auch nur diejenigen Kennzahlen im Überblick präsentiert, die das Autorenteam zur Einordnung der thematisch spezifischen Daten als notwendig erachtet hat. Und schließlich wurden den üblichen Kennzahlen weitere hinzugefügt, wenn das Erkenntnisinteresse dies erforderte, die Datenlage es ermöglicht hat und der damit verbundene Aufwand vertretbar war. Hintergrund für diese Entscheidung des Autorenteam war das Anliegen, möglichst relevante Informationen für die konkrete Arbeit am Entwicklungsplan Migration und Bildung bereit zu stellen und zugleich die Öffentlichkeit angemessen zu informieren.

Ebenfalls um die Komplexität der Berichterstattung in Grenzen zu halten, wurde ein Vergleich mehrerer Jahre nur an den Stellen vorgenommen, an denen es als besonders erkenntnisreich eingeschätzt wurde. Ansonsten wurde – soweit dies möglich war – als Berichtszeitpunkt das Jahr 2009 bzw. Schuljahr 2009/10 gewählt. Zu diesem Zeitpunkt wurde in Bremen ein neues Schulgesetz verabschiedet, in dessen Folge sich unter anderem die Schulstruktur stark veränderte und das Recht auf inklusive Beschulung deutlich ausgedehnt wurde. Diese Änderungen wurden jedoch aufwachsend, also beginnend mit der fünften Jahrgangsstufe eingeführt.

Die Wahl dieses Analysezeitpunktes hat mehrere Gründe:

- Im Schuljahr 2009/10 hatten erst 9 von 43 Schulen der Sekundarstufe I mit der Umstellung begonnen. Daher kann mit diesem Bericht nahezu die Ausgangssituation vor der Strukturreform beschrieben und in einigen Jahren in einem Vergleich die Auswirkungen der Reform eingeschätzt werden. Um einen solchen Vergleich mit den im Folgenden präsentierten Daten zu erleichtern, werden an etlichen Stellen Gesamtschulen und Sekundarschulen als „Sonstige Schulen der Sekundarstufe I“ (neben dem Gymnasium) zusammen gefasst. An den Stellen, an denen sich aus dem neuen Schulgesetz resultierende Änderungen in der Statistik bereits deutlich niederschlagen, werden ergänzende Analysen mit neueren Daten präsentiert.
- Die vor der Strukturreform geltenden Bedingungen sind wegen der aufwachsenden Einführung auch in den nächsten Jahren noch wirksam und werden sich auch dann noch in den Statistiken niederschlagen.
- Die meisten Kennzahlen (z.B. Schülerzahlen) haben sich in den letzten Jahren nicht nennenswert verändert, sodass eine Beschreibung der Daten aus dem Jahr 2009 auch eine Einschätzung der aktuellen Situation zulässt.
- Die jüngsten Daten zum Schulbereich, die zum Zeitpunkt der Erstellung der jeweiligen Kapitel aus den anderen Bundesländern vorlagen, stammen zum überwiegenden Teil ebenfalls aus dem Jahr 2009. Für den Bereich der Kindertagespflege lagen zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts bundesweit Daten zum 31.03.2010 vor, was ebenfalls in das Schuljahr 2009/10 fällt. Durch die Wahl des Schuljahres 2009/10 und den Stichtag 31.03.2010 im Bereich der Kindertagespflege ist ein Vergleich des Landes Bremen und beider Kommunen mit anderen Bundesländern möglich. Endgültige Finanzdaten der Länder liegen leider erst nach längerer Zeit vor, die dargestellten Daten sind daher älter.

- Aus der aufwachsenden Einführung der Oberschule und der Inklusion resultieren auch Darstellungsprobleme für statistische Kennzahlen. Bereits in der gewählten Form war es eine große Herausforderung, die Daten angemessen aufzubereiten.

### ► Die Schularten im Land Bremen in der Statistik der Kultusministerkonferenz und in diesem Bericht

Da die Schulsysteme in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich sind und sich insbesondere die Schularten in der Sekundarstufe I bei zum Teil gleichen Bezeichnungen sehr stark unterscheiden, hat sich die Kultusministerkonferenz auf länderübergreifend einheitliche Bezeichnungen für statistische Darstellungen geeinigt.

Eine Besonderheit gibt es dabei bei den Schulen, die mehrere Bildungsgänge umfassen:

- Schularten, die die Bildungsgänge der früheren Haupt- und Realschule umfassen, werden von der Kultusministerkonferenz als „Schulen mit mehreren Bildungsgängen“ geführt. Hierunter fällt die frühere Sekundarschule im Land Bremen.
- Schularten, die alle allgemeinbildenden Bildungsgänge umfassen, werden in der Statistik der Kultusministerkonferenz jedoch als „Integrierte Gesamtschule“ geführt. Darunter fallen in Bremen die früheren Gesamtschulen und nun auch die Oberschulen.

Es liegt nahe, dass sich aus dieser Regelung Verständnisprobleme in einem Bildungsbericht für das Land Bremen ergeben können. Um diese zu vermeiden, wird im Folgenden bei ländervergleichenden Darstellungen immer auf die Begrifflichkeit der Kultusministerkonferenz zurückgegriffen. Ergänzend wird die Zuordnung der Sekundarschule und der Oberschule genannt, wenn diese eingeschlossen ist. Sobald sich die Auswertung auf das Land Bremen und seine beiden Kommunen beschränkt, werden die bremischen Schularten im Einzelnen dargestellt und genannt.

Eine weitere Besonderheit gibt es für die Darstellung von Zahlen zum Gymnasium:

Gymnasien von Klasse 5 bis 10 an Schulzentren des Sekundarbereich I („Schulart Gymnasium an Schulzentren“, auslaufend) und Gymnasien von Klasse 5 bis 12 („durchgängige Gymnasien“) werden in der Statistik der Kultusministerkonferenz nicht getrennt ausgewiesen, sondern allgemein unter dem Begriff „Gymnasium“ gefasst. Dementsprechend werden im Folgenden unter der Schulart „Gymnasium“ immer die Schülerinnen und Schüler an Gymnasien von Klasse 5 bis 12 („Durchgängige Gymnasien“) und an Gymnasien von Klasse 5 bis 10 an Schulzentren („Schulart Gymnasium an Schulzentren“) zusammengefasst dargestellt. Die Bedeutung, die die Umwandlung der Schulzentren in Oberschulen für die Kennzahlen für das Gymnasium hat, wird in → [Teil D](#) detailliert erläutert.



## Migration: In der Statistik eine Frage der Definition

Einen Bericht zu schreiben, in dem statistische Daten aus der Perspektive von Migration aufbereitet werden sollen, erwies sich als sehr anspruchsvoll: In den unterschiedlichen Untersuchungen und Statistiken werden verschiedene Konzepte verwendet, um Kennzahlen zu Migration zu ermitteln. Hintergrund ist, dass in zum Teil seit Jahren etablierten Verfahren für die Statistik jeweils auch unterschiedliche, auf den Zweck der Statistik zugeschnittene Kennzahlen erhoben wurden. Diese wurden dann ex post in geeigneter Weise kombiniert oder um weitere Merkmale ergänzt, um Analysen aus der Perspektive von Migration vornehmen zu können. Damit stand das Autorenteam bei der Erstellung dieses Berichts vor dem Problem, keine durchgehend einheitliche Berechnungsgrundlage verwenden zu können, sondern die Daten aus unterschiedlichen Berechnungsverfahren neben einander darstellen zu müssen. Im Folgenden werden daher die verschiedenen Definitionen, die in diesem Bericht zur Anwendung kommen, im Überblick dargestellt. Sie werden jedoch auch im Bericht selbst an der Stelle ihres ersten Auftretens noch einmal knapp dargestellt, um dem Leser / der Leserin die Lektüre zu erleichtern. Wenn in einem Text Bezug auf Erkenntnisse genommen werden muss, denen unterschiedliche Berechnungsmethoden zugrunde liegen oder diese aus sprachlichen Gründen unbestimmt bleiben, wird als übergreifender Terminus das Wort „Migrationsgeschichte“ oder einfach „Migration“ verwendet. Als „Migrationsstatus“ wird im Folgenden die Information bezeichnet, ob eine Person eine Migrationsgeschichte hat oder nicht.

Staatsangehörigkeit: Ein sehr häufig gewählter und zumeist einfach zu realisierender Weg, Zusammenhänge zu Migration statistisch darzustellen, ist die Aufschlüsselung von Bevölkerungsdaten nach Staatsangehörigkeit. Personen, deren erste oder zweite Staatsangehörigkeit nicht die deutsche ist, haben damit eine Migrationsgeschichte. Diese Zugangsweise greift jedoch mittlerweile in vielen Fällen zu kurz, da in den letzten Jahren ein großer Teil der Zuwanderinnen und Zuwanderer die deutsche Staatsangehörigkeit erworben hat. Ferner sind auch Aussiedlerinnen und Aussiedler nach Deutschland migriert und haben in der Regel die deutsche Staatsangehörigkeit. Aus diesem Grund wird in diesem Bericht auf diese Definition nur dann zurück gegriffen, wenn keine der folgenden, weiter greifenden Begriffsbildungen Verwendung finden können.

Das Statistische Landesamt Bremen wertet die Daten des Meldeamtes aus, um den Migrationsstatus von Personen zu ermitteln. Diese Information ist derzeit jedoch nur für die Stadt Bremen verfügbar. Personen mit Migrationshintergrund sind hier alle diejenigen, die in eine der folgenden Kategorien fallen:

- Personen mit einer nicht-deutschen Staatsangehörigkeit
- Eingebürgerte Personen (einschließlich deutsche Kinder unter 18 Jahren, die selbst nicht eingebürgert wurden, von denen jedoch mindestens ein Elternteil Ausländerin oder Ausländer ist oder eingebürgert wurde),
- Aussiedlerinnen und Aussiedler,
- Deutsche Kinder unter 18 Jahren, die selbst keine Aussiedlerinnen oder Aussiedler sind, von deren Eltern aber mindestens ein Elternteil Aussiedlerin oder Aussiedler ist.

Im Mikrozensus 2005 (auch im Bildungsbericht der KMK, dort jedoch nicht einheitlich) werden folgende Daten berücksichtigt:

- Staatsangehörigkeit, Geburtsort in Deutschland oder außerhalb, Zuzugsjahr, Einbürgerung der Person selbst,
- Staatsangehörigkeit, Einbürgerung und Geburtsort der Eltern,
- analoge Angaben zu den Großeltern für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene, die mit ihren Eltern in einem gemeinsamen Haushalt leben.

In der Kinder- und Jugendhilfe-Statistik werden üblicherweise zwei Kennzahlen zum Migrationshintergrund getrennt ausgewiesen:

- Die Zahl der Kinder, von denen mindestens ein Elternteil im Ausland geboren ist,
- Die Zahl der Kinder, in deren Elternhaus vorrangig nicht die deutsche Sprache gesprochen wird,

In der Stadt Bremen wird zusätzlich noch die Staatsangehörigkeit der Kinder erfasst.

Für die Einordnung Bremens im Ländervergleich wird in diesem Bericht auf die erste Kennzahl zurückgegriffen.

Für eine differenzierte, umfassende Analyse der für die Stadt Bremen vorliegenden Daten von Kindern in den Tageseinrichtungen wurde eine Kombination der Merkmale verwendet. Um dies von den vorgenannten Definitionen abzugrenzen, wird der Begriff „Migrationshinweis“ verwendet. Dieser liegt vor, wenn

- eine nicht deutsche Staatsangehörigkeit der Person vorliegt,
- eine nicht deutsche Staatsangehörigkeit bei einem der der Elternteile vorliegt, oder
- die vorrangig in der Familie der Person gesprochene Sprache nicht deutsch ist.

In den großen Leistungsvergleichsstudien (IGLU, PISA, Überprüfung der Bildungsstandards) wird durch Befragung des eigenen Geburtsortes und dem der Eltern festgestellt, ob die getesteten Kinder und Jugendliche einen Migrationshintergrund haben, oder nicht. Dabei sind Personen ohne Migrationshintergrund diejenigen, deren Elternteile beide in Deutschland geboren sind. Personen mit Migrationshintergrund werden dann noch weiter differenziert aufgeschlüsselt: es werden Personen aus zugewanderten Familien (Eltern und Kind im Ausland geboren und nach Deutschland immigriert) und Personen, die selbst in Deutschland geboren sind, aber bei denen ein oder beide Elternteile im Ausland geboren wurden, getrennt betrachtet.

Gemäß dem gemeinsamen Definitionenkatalog des statistischen Bundesamtes und der KMK wird für Schüler/innen ein Migrationshintergrund angenommen, wenn mindestens eines der folgenden Merkmale zutrifft:

- Ein/e Schüler/in hat eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit,
- Ein/e deutsche Schüler/in ist nicht in Deutschland geboren,
- Nichtdeutsche Verkehrssprache in der Familie bzw. im häuslichen Umfeld (auch wenn der Schüler/die Schülerin die deutsche Sprache beherrscht).

Dieser Katalog wurde jedoch bislang noch nicht flächendeckend umgesetzt.

Für Analysen der bei der Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit vorliegenden Schülerdaten ist diese Definition (und auch keine der anderen vorgenannten Definitionen) nicht anwendbar, da das Einwohnermeldeamt den Migrationsstatus der Schülerinnen und Schüler aus Gründen des Datenschutzes nicht übermittelt. Daher orientieren wir uns an der für den Hamburger Bildungsbericht 2009 gewählten Strategie der Annäherung über einen „Migrationshinweis“. Mit diesem Vorgehen wird die Zahl der Personen mit Migrationshintergrund im Vergleich zur KMK-Definition jedoch leicht unterschätzt (vgl. Freie und Hansestadt Hamburg et al. 2009, S. 5). Zur leichteren Orientierung verwenden wir auch den dort eingeführten Begriff. Als Schülerin bzw. Schüler mit „Migrationshinweis“ sind diejenigen gemeint

- deren erste oder zweite Staatsangehörigkeit (bis zum 18. Lebensjahr) nicht deutsch war/ ist, oder
- deren Muttersprache nicht deutsch ist. Als Muttersprache wird die in der Familie dominierende Sprache in den ersten drei Lebensjahren angesehen. Sie wird in Bremen für jede/n Schüler/in bei der Einschulung erfasst.

Seit dem Schuljahr 2010/2011 wird auch die Verkehrssprache der Schüler/innen flächendeckend in allen Schulen erfasst, nicht zuletzt, um neue Anforderungen der KMK erfüllen zu können.

Die Vielzahl der verwendeten Definitionen bzw. Berechnungsarten führt naturgemäß zu unterschiedlichen Zahlen. Die folgende Tabelle (→ [Tabelle 1](#)) ermöglicht eine Einschätzung über die Unterschiede. Sie zeigt auch, dass sich das genutzte Konzept des „Migrationshinweis“ für Kinder- bzw. Schülerdaten im Elementar- und Schulbereich plausibel einordnet.

Im Text wird an manchen Stellen der Begriff „Migrant/ Migrantin“ synonym für die Formulierung „Mensch mit Migrationshintergrund“ (resp. Migrationshinweis) verwendet. Diese Form ist der besseren Lesbarkeit geschuldet und nicht zu verwechseln mit „Mensch, der selber migriert ist“.

**Tabelle 1 Überblick über Anteile von Personen mit Migrationsgeschichte**

	Stadt Bremen	Bremer- haven	Land Bremen
<b>Bevölkerung zwischen 3 und 6 Jahren / Kinder zwischen 3 und 6 Jahren in Kindertageseinrichtungen</b>	<b>2009</b>	<b>2009</b>	<b>2009</b>
Kinder mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit	13,3%	12,0%	13,1%
Bevölkerung mit Migrationshintergrund (Statistisches Landesamt Bremen)	54,2%	-	-
Kinder mit Migrationshintergrund (ein Elternteil nicht in Deutschland geboren, Kinder- und Jugendhilfe Statistik)	-	-	43,5%
Kinder mit Migrationshinweis im Elementarbereich (2010)	47,3	-	-
<b>Bevölkerung/ Schüler/-innen im Alter von 10 Jahren</b>	<b>2006 2009</b>	<b>2006 2009</b>	<b>2006 2009</b>
Bevölkerung ohne deutsche Staatsangehörigkeit	17,8% 17,9%	9,9% 13,1%	16,4% 17,0%
Bevölkerung mit Migrationshintergrund (Statistisches Landesamt Bremen)	44,7% 44,7%	- -	- -
Schüler/-innen ohne deutsche Staatsangehörigkeit (in Bremen/ Bremerhaven wohnhafte Schülerinnen und Schüler an öffentlichen Schulen)	17,8% 17,4%	15,1% 16,1%	17,3% 17,1%
Schüler/-innen mit Migrationshinweis (in Bremen/ Bremerhaven wohnhafte Schülerinnen und Schüler an öffentlichen Schulen)	- 34,4%	- 41,8%	- 35,8%
Schüler/-innen in der 4. Klasse mit Migrationshintergrund (IGLU 2006)	- -	- -	40,2% -
<b>Bevölkerung / Schüler/-innen im Alter von 15 Jahren / Neunklässler/-innen</b>	<b>2009</b>	<b>2009</b>	<b>2009</b>
Bevölkerung ohne deutsche Staatsangehörigkeit	15,7%	7,7%	14,2%
Bevölkerung mit Migrationshintergrund (Statistisches Landesamt Bremen)	39,1%	-	-
Schüler/-innen ohne deutsche Staatsangehörigkeit (in Bremen/ Bremerhaven wohnhafte Schülerinnen und Schüler an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen)	16,7%	14,1%	16,2%
Schüler/-innen mit Migrationshinweis (in Bremen/ Bremerhaven wohnhafte Schülerinnen und Schüler an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen)	30,6%	36,4%	31,7%
Schüler/-innen der 9. Klasse mit Migrationshintergrund (Ländervergleich 2009)	-	-	27,9%
<b>Bevölkerung im Alter von 6 bis unter 19 Jahren / Schüler/-innen der 1. - 12. bzw. 13. Klasse</b>	<b>2009</b>	<b>2009</b>	<b>2009</b>
Bevölkerung ohne deutsche Staatsangehörigkeit	15,9%	10,3%	14,9%
Bevölkerung mit Migrationshintergrund (Statistisches Landesamt Bremen)	43,5%	-	-
Schüler/-innen ohne deutsche Staatsangehörigkeit (in Bremen/ Bremerhaven wohnhafte Schülerinnen und Schüler an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen)	14,6%	13,5%	14,4%
Schüler/-innen mit Migrationshinweis (in Bremen/ Bremerhaven wohnhafte Schülerinnen und Schüler an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen)	32,5%	38,7%	33,6%
Bevölkerung mit Migrationshintergrund (Mikrozensus)	-	-	42,0%
<b>Bevölkerung</b>	<b>2009</b>	<b>2009</b>	<b>2009</b>
Bevölkerung mit Migrationshintergrund, (Mikrozensus)	-	-	26,6%
Bevölkerung mit Migrationshintergrund, Statistisches Landesamt Bremen	27,8%		

Quelle: Die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit, Statistisches Landesamt, Statistisches Bundesamt 2008, Bos et al. 2008, S. 115, Böhme et al. 2010b, S. 214

## Zentrale Befunde des Bildungsberichts Migration und Soziale Lage

Um der Leserin / dem Leser zu ermöglichen, einen schnellen Überblick über die Ergebnisse dieses Berichts zu erhalten, werden im Folgenden die zentralen Ergebnisse dieses Berichts zusammenfassend dargestellt.

### ► Teil A: Bevölkerungs- und Sozialstruktur, Bildungsstand und -beteiligung im Land Bremen

#### **Bevölkerungsrückgang und alternde Bevölkerung im Land Bremen, in Bremerhaven stärker als in der Stadt Bremen**

- Im Land Bremen ist die Bevölkerung seit den 1970er Jahren deutlich zurück gegangen und diese Entwicklung wird sich fortsetzen. In Bremerhaven fällt der Rückgang stärker aus als in Bremen.
- Der Bevölkerungsrückgang geht, dem deutschlandweiten Trend folgend, einher mit einer alternden Bevölkerung.

#### **Zuwanderung zu Ausbildungs- und Studienzwecken**

- Das Land Bremen ist regionales Oberzentrum mit entsprechendem Angebot für die berufliche und universitäre Ausbildung. Daher ist eine starke Zuwanderung in der Gruppe der 18 bis 25-Jährigen zu verzeichnen. Im Alter von 25 bis 50 Jahren hingegen verlassen besonders viele Menschen Bremen.

#### **Hoher Anteil von Personen mit Migrationshintergrund insbesondere in jüngeren Jahrgängen**

- Bremen ist ein Bundesland mit einem im bundesweiten Vergleich hohen Anteil an Einwohnerinnen und Einwohnern mit Migrationshintergrund (knapp 28%).
- Migrantinnen und Migranten sind im Land Bremen im Durchschnitt deutlich jünger als die Bremer Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Sie stellen im Land Bremen knapp die Hälfte, in der Stadt Bremen mittlerweile mehr als die Hälfte der Kinder unter 6 Jahren – und hier auch mit steigender Tendenz.

#### **Anteil von Personen in Risikolagen ist in Bremen sehr hoch, z.T. so hoch wie in keinem anderen Bundesland**

- Erwerbslosigkeit, Armutsrisiko und niedriger Bildungsstand sind in Bremen besonders stark ausgeprägt. 43% der Kinder und Jugendlichen im Land Bremen sind von mindestens einer dieser Risikolagen betroffen und 10% von allen drei Risikolagen.
- In Bremen sind insbesondere junge Migrantinnen und Migranten von Armut bedroht und von Leistungen nach dem SGB II abhängig.

#### **Bildungsbeteiligung im frühkindlichen Bereich eher niedrig, im Ausbildungs- und Studientalter so hoch wie in keinem anderen Bundesland**

- Kennzeichnend für die Bildungsbeteiligung sind zwei Befunde: Im frühkindlichen Bereich hat Bremen eine im Bundesländervergleich eher niedrige Bildungsbeteiligungsquote. Im für die berufliche Ausbildung besonders relevanten Alter hingegen ist für das Land Bremen die bundesweit höchste Beteiligungsquote mit deutlich über 100% (gemessen an der Jahrgangsbreite der gleichaltrigen Bevölkerung) zu verzeichnen. Dies ist insbesondere auf Einpendler aus dem niedersächsischen Umland im Bereich der beruflichen Bildung zurückzuführen.

### **Starke sozialräumliche Segregation in der Stadt Bremen**

- Die Stadt Bremen ist sozialräumlich stark segregiert: In Ortsteilen, in denen ein besonders hoher Anteil von Personen mit Migrationshintergrund lebt, ist zugleich auch das Armutsrisiko besonders stark ausgeprägt.
- Die Ortsteile in der Stadt Bremen wurden entlang des Anteils von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund (nach Definition des Statistischen Landesamtes) und des Anteils von Kindern und Jugendlichen, die Leistungen nach SGB II erhalten, gruppiert. Es entstanden folgende Gruppen:
  - **Ortsteilgruppe A:** In diesen 30 Ortsteilen liegt der Anteil der Migrantinnen und Migranten *und* der Anteil der Personen, die SGB II-Hilfe empfangen, an der schulrelevanten Bevölkerung **über** dem stadtweiten Durchschnitt.
  - **Ortsteilgruppe B:** In diesen 40 Ortsteilen liegt der Anteil der Migrantinnen und Migranten *und* der Anteil der Personen, die SGB II-Hilfe empfangen an der schulrelevanten Bevölkerung **unter** dem stadtweiten Durchschnitt.
  - **Ortsteilgruppe C:** In diesen 4 Ortsteilen liegt der Anteil der Migrantinnen und Migranten **über** dem stadtweiten Durchschnitt, der Anteil der Personen, die SGB II-Leistungen beziehen jedoch **darunter**.
  - **Ortsteilgruppe D:** In diesen 4 Ortsteilen liegt der Anteil der Migrantinnen und Migranten **unter** dem stadtweiten Durchschnitt, der Anteil der Personen, die SGB II-Leistungen beziehen, hingegen **darüber**.

Diese Gruppen sind Grundlage für zahlreiche Analysen der folgenden Kapitel.

### ▶ **Teil B: Finanzierung von Bildung**

#### **Im Ländervergleich niedrige Bildungsausgaben für Elementarbildung und Jugendhilfe und schulische Bildung**

- Die Bildungsausgaben je Einwohner im Land Bremen sind in den Jahren 2007 bis 2010 (bezogen auf Schule: im Bundesländervergleich überdurchschnittlich stark) angestiegen.
- Die Bildungsausgaben waren im Land Bremen gemessen am Gesamthaushalt und je Einwohner auch im Jahr 2010 im Ländervergleich noch unterdurchschnittlich.
- Berücksichtigt man den Anteil der Personen mit Migrationshintergrund wie auch den Anteil der Personen, die Leistungen nach SGB II empfangen, in den Bundesländern und vergleicht vor diesem Hintergrund die Bildungsausgaben, so sind der Anteil der Ausgaben für schulische Bildung am Gesamthaushalt, die Bildungsausgaben je Einwohner/in und auch die Bildungsausgaben je Schüler/in im Vergleich der Bundesländer eher gering.

### ▶ **Teil C: Tagesbetreuung von Kindern im Elementarbereich**

#### **Insgesamt gibt es in Bremen und in Bremerhaven ein breites Versorgungsangebot von Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege für Kinder vor der Einschulung**

- Dem Rechtsanspruch entsprechend ist das Angebot für Kinder in den drei Jahren vor ihrer Einschulung – also bei den Kindern zwischen drei und unter sechs Jahren – sehr gut. Die Versorgungsquote (Anzahl der Plätze in Relation zur Anzahl der Kinder dieser Altersgruppe in der Bevölkerung) in der Stadtgemeinde Bremen liegt bei 105% bezogen auf die Bevölkerungszahl in den Altersjahrgängen 3-6. In Bremerhaven beträgt die Versorgungsquote 97%. Da aufgrund des Rechtsanspruchs ein bedarfsgerechtes Angebot

zu realisieren ist, ist die unterschiedliche Versorgungsquote in den Kommunen ein Hinweis auf eine unterschiedliche Nachfrage.

- Das Angebot von Plätzen für Kinder unter drei Jahren in Kindertageseinrichtungen war 2010 in Relation zur altersgleichen Bevölkerung mit 19% in Bremen und 13% in Bremerhaven noch weit von der für 2013 vorgegebenen Zielmarke entfernt, 35% der Kinder einen Betreuungsplatz zu ermöglichen.
- Über das Angebot in der Kindertagespflege liegen keine Zahlen vor.

### **Gestiegene aber immer noch im bundesweiten Vergleich eher niedrige Betreuungsquoten**

- Von den drei bis unter sechs Jahre alten Kindern besuchten 2010 in der Stadt Bremen 88,6% und in Bremerhaven 81,1% (Betreuungsquote=Anteil der betreuten Kinder an allen Kindern dieser Altersgruppe in der Bevölkerung) eine Kindertageseinrichtung oder nahmen ein Angebot der Tagespflege wahr.
- Bei den unter dreijährigen Kindern wurde 2010 in der Stadt Bremen eine Teilnahmequote von 17,5% erreicht. In Bremerhaven liegt diese bei 10,1%. Mit einer Teilnahmequote von 16,2% ist das Land Bremen im unteren Viertel der Länder zu finden.
- Zur Verwirklichung des am 01.08.2013 in Kraft tretenden Rechtsanspruchs auf Betreuung für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr sind jedoch in beiden Städten weitere Ausbauschritte geplant bzw. in 2011 realisiert worden, die sich an der bundesweiten Empfehlung orientieren, eine Versorgungsquote von 35% (bezogen auf die Altersjahrgänge 0 bis 3 Jahre) zu erreichen.

### **Im Land Bremen ist der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund in Einrichtungen im Elementarbereich im bundesweiten Vergleich am höchsten. Zugleich ist Bildungsbeteiligung von Migrantinnen und Migranten in den ersten Lebensjahren, insbesondere in sozial benachteiligten Ortsteilen vergleichsweise niedrig.**

- Die Bildungsbeteiligungsquoten von Migrantinnen und Migranten in den Einrichtungen der Kindertagesbetreuung ist im Bundesländervergleich mit über 40% in Bremen am höchsten und bei den unter Dreijährigen mit ca. 30% am zweithöchsten.
- Kinder mit Migrationshintergrund nehmen vergleichsweise selten in frühem Alter ein Bildungsangebot des Elementarbereichs wahr.
- Die in Teil A für die Stadt Bremen beschriebenen Segregationseffekte schlagen sich auf die Bildungsbeteiligung im Elementarbereich nieder, und zwar in erster Linie bei Kindern unter drei Jahren.

### **Hoher Anteil von Kindern mit Sprachförderbedarf ein Jahr vor der Einschulung, in Bremerhaven höherer Anteil als in der Stadt Bremen**

- Im Land Bremen wird seit einigen Jahren für Kinder im Vorschulalter etwa ein Jahr vor der Einschulung ein Sprachtest durchgeführt. Dabei wurde in Bremen im Jahr 2011 für 38,3% und in Bremerhaven für 54,3% der getesteten Kinder ein Sprachförderbedarf festgestellt.
- Der Anteil von Kindern mit Sprachförderbedarf ist bei Jungen geringfügig höher als bei Mädchen.
- In den Ortsteilen, in denen viele Migrantinnen und Migranten leben und der Anteil von Leistungsempfängern besonders hoch ist, ist der Anteil von Kindern ein Sprachförderbedarf mit 51,8% sehr hoch.

### **Eher günstige Personalausstattung**

- Im Land Bremen ist das Betreuungsverhältnis in den Kindertageseinrichtungen im bundesweiten Vergleich eher günstig. Dies ist insbesondere auf die im Land Bremen im Ver-

gleich zu den anderen Bundesländern sehr weitgehend umgesetzte Inklusion im Elementarbereich und die damit erforderlichen höheren Personalmittel zurückzuführen.

## ► Teil D: Überblick über das Schulsystem

Mit dem Schulgesetz von 2009 wurde das allgemeinbildende Schulsystem im Land Bremen umfangreich verändert.

- Gesamtschulen und Schulzentren der Sekundarstufe I wurden jahrgangswise aufwachsend in drei Schritten in **Oberschulen** umgewandelt. An der Oberschule können alle Abschlüsse erworben werden, die auch am Gymnasium angeboten werden. Während das Gymnasium in der Regel in einem achtjährigen Bildungsgang zum Abitur führt, ist das in der Oberschule in der Regel in einem neunjährigen Bildungsgang der Fall. Das neue Schulsystem wird aufwachsend eingeführt, wobei die ersten neuen Oberschulen in der Stadt Bremen direkt nach Verabschiedung des Schulgesetzes 2009 und die letzten zum Schuljahr 2011/12 eingeführt wurden. In Bremerhaven erfolgte die Umsetzung mit dem Schuljahr 2011/12.
- Mit der **Werkschule** wurde ein zusätzlicher Bildungsgang eingeführt, der Schülerinnen und Schülern das Lernen erleichtern soll, denen das theoretische Lernen nicht so leicht fällt und die mehr Zeit zum Lernen brauchen, gerne praktisch arbeiten und über diese Herangehensweise besser lernen können.
- **Inklusion** – also der gemeinsame Unterricht von Kindern mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf – ist im Land Bremen schon lange vor der letzten Schulgesetznovelle und auch der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen ein zentrales Anliegen gewesen. In den vergangenen Jahren wurde – unter Einbezug von Fachexperten – ein umfassendes Programm zur Weiterentwicklung dieses Bereiches im Land Bremen eingeleitet. Mit dem Schulgesetz von 2009 soll die inklusive Beschulung schrittweise der Normalfall werden. Dementsprechend wurden die bisherigen Förderzentren aufgelöst und **Zentren für Unterstützende Pädagogik** an den allgemeinen Schulen eingerichtet.
- In beiden Städten sind **Regionale Beratungs- und Unterstützungszentren** (ReBUZ) eingerichtet worden. Zentrale Aufgabe dieser Zentren ist, Schulen durch Beratung und Diagnostik zu unterstützen. Außerdem entwickeln die ReBUZ Hilfsangebote zur Überwindung von Problemlagen und halten professionelle Unterstützung in Krisen und Notfällen bereit.

### Folgen für die Berichterstattung

- Die Aufgabe des Bildungsmonitorings, zentrale Kennziffern in regelmäßigen Abständen miteinander zu vergleichen und anhand von Verlaufsanalysen langfristige Trends zu erkennen, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt wegen der umfassenden Veränderungen im Schulsystem überaus schwierig zu realisieren. Dies ist nicht zuletzt der Grund dafür, dass in diesem Bericht nur an ausgewählten Stellen Trendanalysen präsentiert und die verschiedenen Schularten zum Teil zusammengefasst dargestellt werden.

### Schülerrückgang in den nächsten Jahren

- Die Zahl von 68.002 Schülerinnen und Schülern im Schuljahr 2009/10 im Land Bremen wird bis zum Jahr 2020 um etwa 11% zurückgehen.
- In Bremerhaven sinken die Schülerzahlen voraussichtlich um 17%.

### Hohe Einpendlerzahlen in der Gymnasialen Oberstufe in Bremerhaven

- Eine Besonderheit in der Seestadt ist eine hohe Zahl von Einpendlerinnen und Einpendlern in der Gymnasialen Oberstufe aus dem niedersächsischen Umland von etwa 25% der Schülerschaft.



### **Die Segregation der Bevölkerung in der Stadt Bremen hat sich im Schuljahr 2009/10 auch in der Schülerschaft der verschiedenen Schularten niedergeschlagen**

- Schülerinnen und Schüler, die im Schuljahr 2009/10 allgemeinbildende Schulen besuchten, die eher zu niedrigeren Schulabschlüssen führen, lebten häufiger in den Ortsteilen der Gruppe A als ihre Mitschülerinnen und Mitschüler in Schularten, die zu höheren Abschlüssen führen.
- In den Bildungsgängen der berufsbildenden Schulen, die zur Hochschulreife führen, kehrt sich das Verhältnis allerdings um.

### **Stärkere soziale Selektivität in allgemeinbildenden Privatschulen**

- Der Anteil von Schülerinnen und Schülern, die eine allgemeinbildende Privatschule besuchen, ist mit 9,6% im Land Bremen höher als in Berlin (8,1%) und niedriger als in Hamburg (10,5%). In Bremerhaven ist der Anteil mit 7,4% niedriger als in der Stadt Bremen (10,1%).
- Bei einer Analyse nach Ortsteilgruppen zeigt sich für die Stadt Bremen, dass sich die soziale Segregation in der Schülerschaft von Privatschulen sehr viel stärker niederschlägt als in öffentlichen Schulen: Privatschulen werden eher von Schülerinnen und Schülern besucht, die in Ortsteilen der Gruppe B aufwachsen. Die Befundlage deutet darauf hin, dass die Privatschulen die soziale und kulturelle Selektivität im Schulsystem verstärken. Aufgrund der methodischen Grenzen einer ortsteilbezogenen Betrachtung sollte dieser Frage in weiterer Forschung besonders nachgegangen zu werden.

### **Hoher Anteil von Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf bei gleichzeitig hohem Anteil inklusiv unterrichteter Schülerinnen und Schüler**

- Im Schuljahr 2009/10 hatten im Land Bremen 7,4% der Schülerinnen und Schüler einen sonderpädagogischen Förderbedarf (=Förderquote). Der Wert entspricht in etwa dem des Stadtstaats Berlin, liegt aber oberhalb des Wertes von Hamburg. Bei etwa drei Vierteln dieser Schülerinnen und Schüler wurde ein Förderbedarf im Bereich Lernen/ Sprache/ Verhalten diagnostiziert. In den Grundschulen im Land Bremen war die Förderquote höher als in der Sekundarstufe I.
- 2009/10 war im Land Bremen der Anteil derer, die inklusiv beschult wurden, höher als in den meisten anderen Bundesländern. Dies wurde insbesondere durch die fast vollständige Inklusion im Grundschulbereich insbesondere beim Förderbedarf Lernen/ Sprache/ Verhalten erreicht.
- In der Stadt Bremen sind für die berichteten Schuljahre im Grundschulbereich deutlich höhere Förderquoten, zugleich aber auch höhere Quoten inklusiv unterrichteter Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf zu verzeichnen als in Bremerhaven. Ursache für die Unterschiede in den Kennzahlen könnte eine unterschiedliche Diagnosepraxis in den beiden Kommunen sein.
- Im Sekundarbereich I war der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Bremerhaven (also die Förderquote) mit 9,4% deutlich höher als in der Stadt Bremen (6,9%) – bei ähnlicher Inklusionsquote in beiden Städten.
- Ein Vergleich der Kennzahlen für die fünfte Jahrgangsstufe des Schuljahres 2009/10 mit denen der Folgejahre hat bereits deutliche Auswirkungen des neuen Schulgesetzes von 2009 offenbart: Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, die inklusiv in allgemeinen Schulen unterrichtet werden (= Inklusionsanteil), ist bis zum Schuljahr 2011/12 in beiden Städten deutlich gestiegen: In der Stadt Bremen von 40,4% auf 61,0%; in Bremerhaven von 22% auf 34,4%. In der Jahrgangsstufe 5 sind die Inklusionsanteile von 17,5% (Bremen) bzw. 15% (Bremerhaven) auf 76,2% bzw. 100% angestiegen.

**In den letzten Jahren gab es eine besondere Fokussierung auf gebundene Ganztags-schulen im Land Bremen, um einen hohen Verbindlichkeitsgrad zu erreichen. Dadurch wurden jedoch vergleichsweise wenige Schülerinnen und Schüler erreicht.**

- Die bisherige Forschung hat insbesondere positive Effekte für Ganztagsysteme mit hohem Verbindlichkeitsgrad, wie z. B. in gebundenen Systemen, festgestellt: Leistungsverbesserungen (erfasst in Zeugnisnoten), Reduktion der Klassenwiederholungen, bessere Werte zu Sozialverhalten, Bereitschaft zur Verantwortungsübernahme, Lernmotivation und Schulfreude. Bei Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund wirkte sich insbesondere eine Hausaufgabenbetreuung im Ganzttag positiv auf die Notenentwicklung aus.
- In beiden Städten wurden Ganztagsangebote überwiegend, aber nicht ausschließlich, in sozial benachteiligten Ortsteilen platziert.
- 2009/10 besuchten im Land Bremen 22,5% der Schülerinnen und Schüler eine Ganztagschule, insgesamt nahmen etwa 33% ein Angebot ganztägiger Betreuung wahr. Damit wurden im Vergleich zu den anderen Stadtstaaten weniger Schülerinnen und Schüler von ganztägiger Bildung erreicht. In Berlin und Hamburg waren es 45% bzw. 47,1%, bundesweit immerhin 26,9%, aller Schülerinnen und Schüler, die eine Ganztagschule besuchten. Dies liegt insbesondere an dem deutlich stärkeren Ausbau offener Ganztagsangebote in den anderen Bundesländern (z.B. 72,4% Schüler/innen in offenen Ganztagsgrundschulen in Berlin).
- Betrachtet man jedoch nur gebundene Ganztagschulen, liegt der Anteil der Ganztags-schülerinnen und -schüler mit 20,7% im Land Bremen auf ähnlichem Niveau wie in Berlin (20,8%), aber deutlich über dem Hamburger (12,0%) und dem bundesdeutschen Wert (11,9%). Im Primarbereich ist der Abstand zwischen dem Land Bremen (19,3%), Berlin (15%), Hamburg (6,8%) und Deutschland (4%) noch deutlich größer.
- In Bremerhaven werden mit 24,9% im Primarbereich anteilig mehr Schülerinnen und Schüler erreicht als in der Stadt Bremen (20%). Dies liegt an dem stärkeren Ausbau offener Systeme in der Seestadt.
- Um der Nachfrage von Eltern besser gerecht zu werden, sollen in der Stadt Bremen zukünftig mehr offene Ganztagsangebote zur Verfügung stehen.

### **Schülerzahlen in Bildungsgängen der berufsbildenden Schulen:**

- Die Analysen für die insgesamt 41 **berufsbildenden Schulen** im Land Bremen (19 öffentliche Schulen, vier private Ersatz- und 18 private Ergänzungsschulen) orientieren sich an der integrierten Ausbildungsberichterstattung des Statistischen Bundesamtes. Dabei wurde die Schülerschaft aufgeschlüsselt in drei Sektoren dargestellt:
  - Sektor I: Berufsausbildung (schulische und duale Berufsausbildung)
  - Sektor II: Integration in Ausbildung / Übergangsbereich
  - Sektor III: Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung

Es kann nur über öffentliche und private Ersatzschulen berichtet werden.

- Über 75% aller Schülerinnen und Schüler an berufsbildenden Schulen im Land Bremen waren im Schuljahr 2009/10 in einem Bildungsgang, der zu einer Berufsausbildung führt. Etwa 15% waren in Bildungsgängen zum Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung, knapp 10% befanden sich in Maßnahmen des Übergangsbereichs.
- Insgesamt waren im Schuljahr 2009/10 weniger Frauen in Bildungsgängen öffentlicher berufsbildender Schulen und privater Ersatzschulen vertreten als Männer. Dies gilt insbesondere in den Sektoren der Berufsausbildung und dem Übergangsbereich. Im Sektor

des Erwerbs einer Hochschulzugangsberechtigung hingegen waren Frauen stärker vertreten als Männer.

**Im berufsbildenden Bereich wird besonders stark die Funktion der beiden Städte als Oberzentrum deutlich.**

- 34% (Bremen) und 43% (Bremerhaven) der Schülerschaft an berufsbildenden Schulen kam im Schuljahr 2009/10 nicht aus der jeweiligen Stadt. Diese Einpendler waren dabei nahezu vollständig im Bereich der Berufsausbildung anzutreffen. Etwa drei Viertel der einpendelnden Schülerinnen und Schüler aus Niedersachsen hatte auch im Land Bremen seine Ausbildungsstätte.

**Soziale Selektivität setzt sich in berufsbildenden Schulen fort.**

- Nach einer Analyse auf Basis der Ortsteilgruppen in der Stadt Bremen ist auch in berufsbildenden Schulen von einer starken sozialen Selektivität auszugehen: Fast zwei Drittel der Schülerinnen und Schüler im Übergangsbereich wohnten in den Ortsteilen der Gruppe A. In Bildungsgängen, die zur Hochschulzugangsberechtigung führen, wohnte hingegen die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler in Ortsteilen der Gruppe B.

► **Teil E: Allgemeinbildende Schulen: Migration und soziale Lage**

**Hoher Anteil von Migrantinnen und Migranten in den Schulen im Land Bremen**

- Der Anteil von Migrantinnen und Migranten in der Schülerschaft ist in Bremen im Vergleich mit den anderen Bundesländern einer der höchsten, er liegt dabei auf ähnlichem Niveau wie Berlin und Hamburg.
- Während der Anteil von Jugendlichen mit Migrationshinweis in den unteren Jahrgängen in der Stadt Bremen etwa konstant bei etwa 36% liegt, steigt er in Bremerhaven an: Je niedriger die Klassenstufe, desto größer ist hier die Zahl der Migrantinnen und Migranten. In der ersten Klasse lag der Anteil dort bei 45%.

**Eher ungünstige Verteilung der Migrantinnen und Migranten auf die Schularten**

- Migrantinnen und Migranten besuchten im Schuljahr 2009/10 im Land Bremen deutlich seltener die Schulart Gymnasium und häufiger ein Förderzentrum. Sie stellten in der Stadt Bremen 24% der Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums, in der Stadt Bremerhaven etwa 38%, während ihr Anteil in der gesamten Schülerschaft dieser Altersgruppe jeweils höher war.
- Wenn Schülerinnen und Schüler mit Migrationshinweis die Schulart Gymnasium besuchten, wohnten sie häufiger in sozial privilegierten Ortsteilen der Gruppe B, seltener in Ortsteilen der Gruppe A. Migrantinnen und Migranten, die anderen Schularten besuchten, lebten häufiger in Ortsteilen der Gruppe A. Schülerinnen und Schüler mit Migrationshinweis, die in Ortsteilen der Gruppe B leben, sind vermutlich häufiger Migrantinnen und Migranten der zweiten Generation, wurden also in Deutschland geboren.
- In der Gymnasialen Oberstufe liegt der Anteil der Migrantinnen und Migranten bei etwa 22%.
- Unter den aus dem niedersächsischen Umland einpendelnden Schülerinnen und Schülern in der Gymnasialen Oberstufe in Bremerhaven waren nur wenige mit Migrationshinweis.

**Kulturelle Vielfalt in den Schulen im Land Bremen – jedoch in unterschiedlichem Ausmaß**

- In den Schulen im Land Bremen ist insgesamt eine Vielfalt von Personen unterschiedlicher Herkunft anzutreffen, die sehr unterschiedliche Muttersprachen sprechen. Dabei

sind aber die türkische und die russische Sprache neben der deutschen besonders häufig vertreten. Auch Polnisch und Arabisch sind noch vergleichsweise häufig vertreten.

- In der Hansestadt Bremen sind in öffentlichen Schulen besonders häufig Schülerinnen und Schüler mit türkischem Hintergrund vertreten.
- Migrantinnen und Migranten in Bremerhaven haben häufig die deutsche Sprache als ihre Muttersprache. Ansonsten ist in der Seestadt die russische Sprache besonders häufig vertreten, in den privaten Schulen sind hier Schülerinnen und Schüler portugiesischer Herkunft besonders stark vertreten.
- Die Schulen im Land Bremen unterscheiden sich bezüglich ihres Anteils von Migrantinnen und Migranten in der Schülerschaft und der Zahl der Herkunftsländer deutlich voneinander. Die Unterschiede zwischen den Schulen fallen in Bremen größer aus als in Bremerhaven. In Bremen gibt es 39 Schulen, in denen der Anteil von Personen mit Migrationshinweis unter 20 Prozent liegt, in Bremerhaven eine. Zugleich gibt es in Bremen 18 Standorte mit Anteilen oberhalb von 60%, in Bremerhaven sind es drei.
- Die Schulen im Land Bremen unterscheiden sich bezüglich der Zahl der Muttersprachen, die von Schülerinnen und Schüler des Standorts gesprochen werden: An einigen wenigen Schulen sind es nur bis zu fünf Sprachen. In der Stadt Bremen sind in etwa einem Viertel der Schulen, in Bremerhaven in etwa einem Sechstel der Schulen mehr als 15 Muttersprachen am Standort vertreten.

#### **Die Zusammensetzung der Schülerschaft an Privatschulen unterscheidet sich bezüglich der Herkunft deutlich von der an öffentlichen Schulen**

- Schülerinnen und Schüler, deren erste Staatsangehörigkeit nicht die deutsche ist, besuchen seltener eine Privatschule. An Privatschulen in der Stadt Bremen ist – anders als in öffentlichen Schulen - keine Herkunftsgruppe besonders stark vertreten.

#### **Die öffentlichen Schulen in der Stadt Bremen unterscheiden sich deutlich bezüglich des sozialen und kulturellen Hintergrunds der Schülerschaft. Die soziale Segregation in der Stadt Bremen setzt sich in den Schulen fort. In der Stadt Bremerhaven dominiert ein hohes Armutsrisiko (SGB II).**

- Es gibt Schulen, deren Schülerinnen und Schüler besonders häufig in Ortsteilen wohnen, in denen der Anteil von Leistungsempfängern nach SGB II niedrig ist (niedriges durchschnittliches Armutsrisiko (SGB II) für Schülerinnen und Schüler der Schule). An diesen Schulen gibt es zugleich wenige Schülerinnen und Schüler mit Migrationshinweis. Mit steigendem durchschnittlichen Armutsrisiko (SGB II) für die Schülerinnen und Schüler einer Schule geht ein höherer Anteil von Migrantinnen und Migranten an dieser Schule einher. Der Zusammenhang zwischen durchschnittlichem Armutsrisiko (SGB II) und Anteil von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshinweis ist insbesondere in den Grundschulen der Stadt Bremen nahezu linear. Aber auch für Schulen der Sekundarstufe konnte ein ähnlicher, wenn auch nicht so straffer Zusammenhang festgestellt werden.
- Für die Schulen in Bremerhaven lässt sich dieser Zusammenhang nicht feststellen. Hier dominiert das Armutsrisiko (SGB II) in nahezu allen Schulen, bei leichter Variation der Anteile von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshinweis.

#### **Insgesamt im Bundesvergleich eher unauffällige Personalausstattung in den Schulen**

- Die Schüler/Lehrer-Relation, mit der sich die Gesamtausstattung der Schulen mit personellen Ressourcen beschreiben lässt, lag im Land Bremen mit 14,6 an allgemeinbildenden Schulen insgesamt und 15,3 in der Sekundarstufe I 2009 in etwa im Bundesdurchschnitt, aber über der in Hamburg und Berlin. Im Grundschulbereich lag sie 2009 mit 16,7 unter dem Bundesdurchschnitt (17,8) und über den Werten in Hamburg (16,0) und Berlin (16,5). In der Sekundarstufe I liegt die Schüler/Lehrer-Relation im Land Bremen mit 15,3 auf bundesweitem Niveau und über den Werten in Hamburg (14,5) und Berlin (13,2). Sie ist damit – wie in den anderen Bundesländern auch – niedriger als in der Grundschule.

Der Wert für die Gymnasiale Oberstufe liegt mit 15,4 über den bundesdeutschen und denen in Hamburg und Berlin. Bezüglich dieser Kennzahl sind keine nennenswerte Unterschiede zwischen Bremen und Bremerhaven zu berichten

- Die Klassenfrequenz, d.h. die durchschnittliche Anzahl von Schülerinnen und Schülern pro Klasse, liegt in Grundschulen im Land Bremen zwischen 21 und 22 Schülerinnen und Schülern im Bundesdurchschnitt, ist aber niedriger als in Hamburg und Berlin. Dies ist auch auf die im Grundschulbereich weit fortgeschrittene Inklusion und die damit verbundene verbesserte Ausstattung mit sonderpädagogisch geschultem Personal zurück zu führen.
- Die Klassen in der Sekundarstufe I sind im Land Bremen durchschnittlich um zwei Personen größer als in der Grundschule, jedoch geringfügig kleiner als in Hamburg und Berlin und als im Bundesdurchschnitt.
- Insgesamt sind die Klassen in der Stadt Bremen geringfügig kleiner als in Bremerhaven.
- Die für den Unterricht bereit gestellten Lehrerwochenstunden je Klasse liegen in Bremen in den Grundschulen und in der Sekundarstufe I mit 31,6 bzw. 37,5 Stunden leicht über dem Bundesdurchschnitt, aber deutlich unter den Werten von Hamburg und Berlin. Die Schulen in Bremen und Bremerhaven unterscheiden sich hier kaum.

**Grundschulen mit überdurchschnittlich vielen Schülerinnen und Schülern mit Migrationshinweis und überdurchschnittlichem Armutsrisiko (SGB II) sind personell besser ausgestattet.**

- In Grundschulen, in denen sich Armutsrisiko und Migrantenanteil über dem Landesdurchschnitt befinden (Gruppe A), gibt es durchschnittlich kleinere Klassen und es steht eine größere Zahl von Lehrerwochenstunden je Klasse bereit als in Schulen, in denen beide Kennzahlen unter dem Durchschnitt liegen (Gruppe B).
- In Bremerhaven stehen in den Grundschulen der Gruppe A tendenziell mehr Lehrerwochenstunden je Klasse zur Verfügung als in den anderen Schulen. Bezüglich der Klassengröße gibt es hier keine Unterschiede.

**Für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshinweis wird besonders die häufig die Diagnose „sonderpädagogischer Förderbedarf“ ausgesprochen.**

- In beiden Städten wurde im Schuljahr 2009/10 für Migrantinnen und Migranten häufiger ein sonderpädagogischer Förderbedarf diagnostiziert als bei ihren Mitschülerinnen und Mitschülern ohne Migrationshinweis, insbesondere im Bereich Lernen/ Sprache/ Verhalten.
- Die Förderquoten der unterschiedlichen Schülergruppen unterschieden sich in den beiden Städten im Schuljahr 2009/10 deutlich voneinander: In der Stadt Bremen wird für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshinweis in allen Schulstufen häufiger die Diagnose „sonderpädagogischer Förderbedarf“ ausgesprochen als für ihre Mitschülerinnen und Mitschüler ohne Migrationshinweis. In Bremerhaven ist dies in der Grundschule umgekehrt, in der Sekundarstufe I unterschieden sich dort die Förderquoten beider Gruppen nicht. Über die Ursachen der Unterschiede zwischen beiden Kommunen können keine sicheren Aussagen getroffen werden. Zum einen ist zu vermuten, dass Unterschiede der Schülerschaft ein Einflussfaktor sein könnte. Zum anderen ist nicht auszuschließen, dass sich die Diagnosepraxis der Kommunen im Schuljahr 2009/10 unterschieden hat.
- In der Stadt Bremen wird für Migrantinnen und Migranten, die in Ortsteilen mit hohem sozialen Risiko leben, sehr viel häufiger ein sonderpädagogischer Förderbedarf festgestellt, insbesondere für den Förderschwerpunkt Lernen / Sprache / Verhalten.

## ► Teil F: Übergänge in der Bildungsbiografie aus der Perspektive von Migration und sozialer Lage

In diesem Kapitel werden die Übergänge vom Elementarbereich bis in die berufsbildenden Schulen, sowie Klassenwiederholungen und Schulartwechsel betrachtet. Zunächst werden nun die allgemeinen Befunde zu diesen Bereichen dargestellt, danach jeweils gebündelt die zentralen Befunde aus der Perspektive Migration, der Perspektive Geschlecht und der Perspektive sozialräumlicher Analysen (Stadt Bremen).

### **Eher viele frühzeitige Einschulungen im Land Bremen**

- Im Schuljahr 2009/10 wurden im Land Bremen mit etwa 17% anteilig mehr Schülerinnen und Schüler frühzeitig eingeschult als in Hamburg.
- In Bremerhaven war eine frühe Einschulung geringfügig seltener als in der Stadt Bremen.

### **Deutliche Veränderung der Bedeutung der Kennzahlen zum Übergang von der Grundschule in die Sekundarstufe I nach der Schulstrukturreform**

- Im Rahmen dieser Strukturreform wurde ein zweigliedriges Schulsystem mit den von den Abschlussmöglichkeiten her gleichwertigen Schularten Oberschule und Gymnasium im Sekundarbereich aufwachsend eingeführt, wobei im Zuge der Umsetzung dieser Reform alle Gesamtschulen und Schulzentren sukzessive in Oberschulen umgewandelt wurden.
- Die Auswirkungen der Reform auf die Bedeutung der statistischen Kennzahlen zum Übergang von der Grundschule in die Sekundarstufe I: Während vor der Schulgesetznovelle noch Schülerinnen und Schüler an durchgängigen Gymnasien und in Gymnasialklassen an Schulzentren der Schulart Gymnasium zugeordnet wurden, werden mit vollständiger Umsetzung des neuen Schulgesetzes nur noch Schülerinnen und Schüler, die ein durchgängiges Gymnasium besuchen, zu dieser Schulart zugehörig gezählt. Während die Übergangsquote von der Grundschule in das Gymnasium im Schuljahr 2008/09 noch eine Kennzahl war, die – wenn auch in Grenzen – im Hinblick auf den Weg zum Abitur einen Hinweis auf die Selektivität im Schulsystem gab, ist dies nun nicht mehr der Fall, da die Oberschule alle Abschlüsse ermöglicht, die auch das Gymnasium ermöglicht.

### **Im Schuljahr 2011/12 besuchen im Land Bremen 93% der Fünftklässlerinnen und Fünftklässler eine Schulart (Gymnasium oder Oberschule), in der der Weg zum Abitur systematisch angelegt ist, 99% der Schülerinnen und Schüler aus öffentlichen Grundschulen gehen direkt in das Gymnasium oder die Oberschule über.**

- Der Anteil der Fünftklässler in der Schulart Gymnasium lag 2008 – also vor dem Einleiten der Strukturreform – im Land Bremen bei 46,9%. Er ist in den darauffolgenden Jahren mit der schrittweisen und aufwachsenden Umwandlung von Schulzentren (folgerichtig) kontinuierlich gesunken. Im aktuellen Schuljahr 2011/12 liegt dieser Anteil im Land Bremen bei 26,5%.
- In die vor der Strukturreform mit gut 26% am zweithöchsten angewählten Schularten Gesamtschule und Sekundarschule (2008: 17,9%) wurden zum Schuljahr 2011/12 keine Schüler mehr in der fünften Klasse aufgenommen, da bis zu diesem Zeitpunkt alle Gesamtschulen und Schulzentren im Land in Oberschulen umgewandelt worden sind. Nun besuchen etwa 67% der Schülerinnen und Schüler in der fünften Klasse im Land Bremen eine Oberschule.
- Der Anteil der Schülerinnen und Schüler in den fünften Klassen der Förderzentren ist durch die fortschreitende Umsetzung der Inklusion ebenfalls stark gesunken (→ [Teil E](#)), zum Ende der vierten Klassen der öffentlichen Grundschulen sind zum Schuljahres-

wechsel 2011/12 im Land Bremen nur noch 0,5% der Schülerinnen und Schüler in eine Förderschule übergegangen.

- Bremerhaven und Bremen unterscheiden sich: In Bremerhaven war im Schuljahr 2009/10 der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die in der Klasse 5 die Schulart Gymnasium besuchten, mit 34,7% deutlich niedriger als in Bremen (41,1%); Im Schuljahr 2011/12 sind es 19,6% in Bremerhaven und 28,1% in der Stadt Bremen. Zugleich besuchen in Bremerhaven nun 74,4% und in der Stadt Bremen 64,7% der Schülerinnen und Schüler in der fünften Klasse im Schuljahr 2011/12 eine Oberschule – und damit in beiden Städten 93% bzw. 94% aller Schülerinnen und Schüler eine Schulart, die die Wege zu allen Abschlüssen offenhält.

### **Etwa ein Drittel der Schülerinnen und Schüler erreicht im Land Bremen nach Einschätzung der Lehrkräfte in Klasse 4 Leistungen oberhalb der Regelstandards der Kultusministerkonferenz.**

- Bei der Wahl der weiterführenden Schule hat der Gesetzgeber grundsätzlich das Elternwahlrecht vorgesehen. Lediglich bei überangewählten Schulen kommt ein sogenanntes „Leistungskriterium“ zur Anwendung. Hier geben die Grundschullehrkräfte an, ob die Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler in der vierten Klasse im Deutschen und in der Mathematik oberhalb der Regelstandards der Kultusministerkonferenz liegen. Dem Grundsatz des Elternwahlrechts und dem beschriebenen Vergabeverfahren entsprechend konnten auch Schülerinnen und Schüler zu nicht überangewählten Gymnasien übergehen, die das Leistungskriterium nicht erfüllten.
- Insgesamt haben in der Stadt Bremen 32,7% der Viertklässlerinnen und Viertklässler das Leistungskriterium erfüllt.

### **Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die in der achten Jahrgangsstufe ein Gymnasium besuchen, ist in der Stadt Bremen höher als in Bremerhaven.**

- Aufgrund der aufwachsenden Einführung der Oberschulen sind auch im aktuellen Schuljahr 2011/12 die Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufe 8 den Schularten des Schulgesetzes von 2005 zugeordnet.
- In Bremerhaven lag im Schuljahr 2009/10 der Anteil derer, die in der achten Klasse ein Gymnasium besuchen, mit 30,5% unter dem in der Stadt Bremen (44,2%).

### **Hohe Ausbildungsleistung in der Sekundarstufe II im Land Bremen**

- Betrachtet man die Gymnasiale Oberstufe und berufsbildenden Schulen gemeinsam, haben im Schuljahr 2009/10 mehr als zweieinhalbmal so viele Schülerinnen und Schüler einen Bildungsgang in der Sekundarstufe II begonnen als im Land Bremen Personen in der Bevölkerung in einem vergleichbaren Altersjahrgang verzeichnet sind. In Berlin und Hamburg sind es etwas mehr als zweimal so viele, in Deutschland „nur“ 1,8mal so viele. Damit haben im Land Bremen – im Vergleich zur dort lebenden Bevölkerung – so viele Menschen einen Bildungsgang oder eine Maßnahme in einer berufsbildenden Schule begonnen wie in keinem anderen Bundesland (nicht berücksichtigt sind diejenigen, die in dem Jahr noch ein freiwilliges soziales Jahr, Zivildienst, Bundeswehr oder ähnliches absolvierten).
- 20,5% der Schülerinnen und Schüler, die 2009 eine Maßnahme im Übergangsbereich abgeschlossen haben, begannen im selben Jahr eine weitere Maßnahme in diesem Bereich. 28,9% von ihnen gingen in eine berufliche Ausbildung über, 11,7% in einen Bildungsgang zum Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung.

- 19,3% der Personen, die zuvor in berufsbildenden Schulen des Landes Bremens einem Bildungsgang waren, der zur Hochschulzugangsberechtigung führt, haben 2009/10 direkt eine Berufsausbildung in Bremen angeschlossen.
- 8,8% der Abiturientinnen und Abiturienten begannen im Schuljahr 2009/10 direkt nach dem Abitur in Bremen mit einer Berufsausbildung.

**Im Land Bremen ist der Anteil von Schülerinnen und Schülern, die eine Berufsausbildung beginnen, vergleichsweise hoch. Schülerinnen und Schüler mit Wohnsitz im Land Bremen beginnen jedoch seltener eine Ausbildung und besonders häufig eine Maßnahme im Übergangsbereich.**

- Der Anteil der Schülerinnen und Schüler an allen Anfängerinnen und Anfängern in berufsbildenden Schulen, die im Land Bremen eine duale Berufsausbildung beginnen, ist mit 51,6% im Vergleich zum Durchschnitt der Bundesländer insgesamt eher hoch. 11,5% beginnen eine schulische Berufsausbildung. Zugleich fällt jedoch auf, dass der Anteil von Schülerinnen und Schülern, die mit einer Maßnahme im Übergangsbereich beginnen, mit 30% gegenüber Hamburg (23,6%) und Berlin (20,7%) sehr hoch ist, sich aber vom bundesdeutschen Wert kaum unterscheidet (28%). Bei dieser Betrachtung sind auch Schülerinnen und Schüler mit Wohnsitz in Niedersachsen eingeschlossen.
- Der Anteil von Personen, die im Schuljahr 2009/10 eine duale Berufsausbildung begonnen haben, eine öffentliche berufsbildende Schule besucht haben *und im Land Bremen wohnen*, fällt mit 40,3% deutlich niedriger aus als bei einer Gesamtbetrachtung, die auch Schülerinnen und Schüler aus dem niedersächsischen Umland einschließt. 7,2% der Landeskinder besucht eine schulische Ausbildung, der Anteil von Anfängerinnen und Anfängern von Maßnahmen im Übergangsbereich liegt nun mit 27,7% deutlich höher. Ein substantieller Anteil von Schülerinnen und Schülern aus Niedersachsen scheint Bremer Landeskinder im Wettbewerb um einen Ausbildungsplatz zu verdrängen.
- Betrachtet man nur diejenigen Schülerinnen und Schüler, die direkt von einer allgemeinbildenden Schule im Land Bremen in eine öffentliche berufsbildende Schule im Land Bremen übergehen, verändern sich die Werte noch einmal deutlich: 21% beginnen eine duale, 8% eine schulische Berufsausbildung (Stadt Bremen: 21% und 9%; Bremerhaven: 21% und 3%), 43% gehen in den Übergangsbereich (Stadt Bremen: 39%; Bremerhaven: 58%) über. 28% nehmen einen Bildungsgang zum Erwerb einer Hochschulzugangsberechtigung auf (Stadt Bremen: 30%; Bremerhaven: 18%).

**Schülerinnen und Schüler aus der Schulart Gymnasium sind besonders häufig in der Einführungsphase der Gymnasialen Oberstufe vertreten, aber auch aus anderen Schularten wechseln nennenswerte Anteile in die Gymnasiale Oberstufe.**

- Im Schuljahr 2009/10 ist der Doppeljahrgang in die Einführungsphase der Gymnasialen Oberstufe übergegangen, der aus der Umstellung vom neunjährigen (G9) auf den achtjährigen (G8) gymnasialen Bildungsgang resultiert. Dadurch haben in dem Schuljahr anteilig überdurchschnittlich viele Schülerinnen und Schüler, etwa 74% einer durchschnittlichen Jahrgangsbreite in der relevanten Bevölkerung, mit der Gymnasialen Oberstufe begonnen. Der Anteil liegt bei etwa 48%, wenn man nur die Gruppe derjenigen betrachtet, die sich im G9-Bildungsgang befanden oder aus anderen Schularten als dem Gymnasium in die Gymnasiale Oberstufe gegangen sind.
- Im Schuljahr 2009/10 haben drei Viertel aller Schülerinnen und Schüler in der Einführungsphase der Gymnasialen Oberstufe zuvor einen gymnasialen Bildungsgang besucht (bzw. etwa zwei Drittel, wenn man die Schülerinnen und Schüler aus dem G8-Bildungsgang ignoriert).



- 87% der Schülerinnen und Schüler in Bremen und 98% in Bremerhaven, die am Ende der Sekundarstufe I den G9-Bildungsgang besucht haben, wechselten in die Gymnasiale Oberstufe. Dabei war dieser Anteil in der Gruppe der Schülerinnen und Schüler im G8-Bildungsgang in der Stadt Bremen etwa gleich hoch, in Bremerhaven hingegen um sechs Prozentpunkte niedriger.
- Schülerinnen und Schüler von Gesamtschulen gingen in der Stadt Bremen in etwa 34% der Fälle in die Gymnasiale Oberstufe über, in Bremerhaven waren es 22%. Hinzu kamen 25% der Realschülerinnen und -schüler.

### **Verordnete Klassenwiederholungen und Schulartwechsel weitgehend abgeschafft**

- Im neuen Schulgesetz von 2009 wurde das „verordnete“ Sitzenbleiben und Schuljahreswechsel bis zum Ende der Sekundarstufe I abgeschafft. Klassenwiederholungen sind nur im Einvernehmen zwischen Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern und deren Eltern möglich. In diesem Bericht können nur Befunde vor dieser Änderung präsentiert werden, wobei zu beachten ist, dass in Teilbereichen (z.B. Gesamtschule und Sekundarschule) zuvor bereits ähnliche Regelungen galten.

### **Im Land Bremen gibt es einen substanziellen Anteil von Schülerinnen und Schülern, die im Verlauf ihrer Bildungsbiographie eine Klasse wiederholen oder die Schulart wechseln mussten. In der Primarstufe sind im Ländervergleich hohe, in der Sekundarstufe I eher niedrige Wiederholerquoten zu verzeichnen.**

- Die Wiederholerquote lag im Schuljahr 2009/10 im Land Bremen mit 2,2% leicht über dem Bundesdurchschnitt von 2,1%, war aber niedriger als in Hamburg (2,4%) und Berlin (2,8%).
- Bei einer gesonderten Betrachtung der Schularten und -stufen fällt besonders der Primarbereich im Land Bremen auf. Hier lag die Quote von 1,1% sowohl über dem Bundesdurchschnitt (0,5%), als auch über der Quote in Berlin (0,8%), und auf ähnlichem Niveau wie in Hamburg (1,0%). In der Sekundarstufe I ist die Wiederholerquoten im Land Bremen mit 2,2% niedriger als im Bundesdurchschnitt (2,9%), Hamburg (2,4%) und Berlin (3,7%). In der Gymnasialen Oberstufe lagen die Werte für das Land Bremen (4,2%) unter denen der beiden anderen Stadtstaaten (Hamburg: 5,1%, Berlin: 4,3%), aber deutlich über dem Durchschnittswert für Deutschland (2,8%).
- In Bremerhaven lag die Wiederholerquote mit 2,6% insgesamt über der in der Stadt Bremen (2,2%). Dieser Unterschied ist insbesondere auf höhere Wiederholerquoten in der Seestadt im Primar- und Sekundarbereich I zurück zu führen. In der Gymnasialen Oberstufe liegt die Wiederholerquote in Bremerhaven mit 4,0% unter der in der Stadt Bremen (4,3%).
- In den Gesamtschulen waren die Wiederholerquoten 2009/10 sehr niedrig. Sie lagen zwischen 0,7% in Bremerhaven und 1,3% in der Stadt Bremen. In der Schulart Gymnasium lagen die Quoten in der Stadt Bremen bei 2,0%, in Bremerhaven bei 4,0%. Die Wiederholerquoten in den Sekundarschulen waren im Schuljahr 2009/10 im Land Bremen mit 2,9% eher hoch, standen aber zu einem großen Anteil in Verbindung mit Schulartwechseln aus anderen Schulen.
- Mit 25,6% hat etwas mehr als ein Viertel aller Schülerinnen und Schüler im Land Bremen, die im Schuljahr 2009/10 eine neunte Jahrgangsstufe besucht haben, im Verlauf der Schulbiographie mindestens ein Schuljahr wiederholt.
- Auffällig ist, dass ein substanzieller Anteil von Schülerinnen und Schülern von etwa 12% in der Stadt Bremen bzw. fast 19% in Bremerhaven bereits zum Ende der Grundschulzeit ein Jahr länger die Schule besucht. Hier gilt allerdings zu bedenken, dass in vielen Grundschulen die ersten beiden Schuljahre durch jahrgangsübergreifende Lerngruppen ersetzt werden. Diese können die Schülerinnen und Schüler in einem, zwei oder drei

Schuljahren durchlaufen, um so gute Voraussetzungen für die weitere Bildungskarriere zu schaffen.

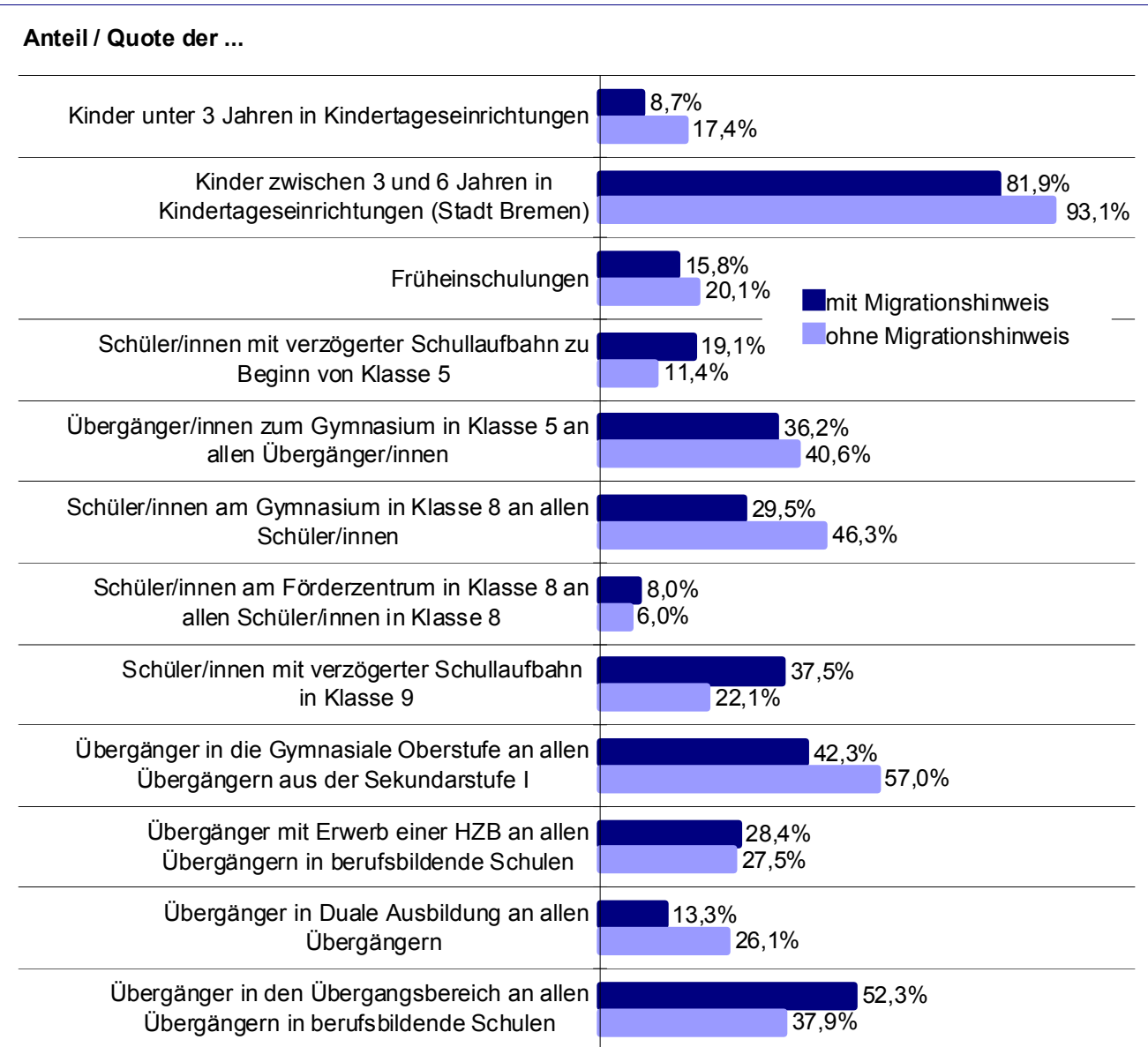
**Zum Schuljahreswechsel 2009 gab es zahlreiche Schulartwechsel, wobei Abschlusssprozesse vom Gymnasium klar dominierten, in Bremerhaven dabei noch stärker als in Bremen.**

- Insgesamt waren beim Schuljahreswechsel 2009 im Land Bremen 2,8% der Schülerinnen und Schüler von einem Schulartwechsel betroffen. Der Wechsel von der Schulart Gymnasium zur Sekundarschule kam mit einem Anteil von 32,2% an allen Schulartwechsel mit Abstand am häufigsten vor, wobei vier Fünftel dieser Wechsel an Schulzentren stattfanden. 13,0% aller Schulartwechsel waren Wechsel vom Gymnasium zur Gesamtschule. Auf den weiteren Plätzen folgen die Wechsel von der Gesamtschule zum Gymnasium (9,2%), von der Gesamtschule zur Sekundarschule (8,4%) und von der Sekundarschule zur Gesamtschule (5,8%).

**Deutliche Unterschiede zwischen Schülerinnen und Schülern mit und ohne Migrationshinweis**

- Für eine Gesamtbetrachtung der Übergänge aus der Perspektive von Migration wird in → [Abbildung 3](#) ein Überblick über zentrale Kennzahlen zu Übergängen im Bildungssystem im Land Bremen für Schülerinnen und Schüler mit und ohne Migrationshinweis im Vergleich gegeben. Der Befund: Im Land Bremen fallen im Schuljahr 2009/10 fast alle zentralen Kennzahlen für Schülerinnen und Schüler mit Migrationshinweis ungünstiger aus als für Schülerinnen und Schüler ohne Migrationshinweis. In der Gruppe der Migrantinnen und Migranten ist der Anteil von
  - ... Früheinschulungen niedriger,
  - ... Schülerinnen und Schülern, die am Ende der vierten Jahrgangsstufe das sogenannte Leistungskriterium erfüllen (Leistungen in Mathematik und Deutsch oberhalb der Regelstandards), niedriger (Schuljahr 2010/11),
  - ... Schülerinnen und Schülern mit verzögerter Schullaufbahn in Klasse 5 höher,
  - ... Übergängerinnen und Übergängern zum Gymnasium niedriger,
  - ... Schülerinnen und Schülern am Gymnasium in Klasse 8 niedriger,
  - ... Schülerinnen und Schülern in Förderzentren in Klasse 8 höher,
  - ... Schülerinnen und Schülern mit verzögerter Schullaufbahn in Klasse 9 höher,
  - ... Schülerinnen und Schülern, die von Abschlusssprozessen betroffen sind höher,
  - ... Übergängerinnen und Übergängern in die Gymnasiale Oberstufe aus der Sekundarstufe I niedriger,
  - ... Übergängerinnen und Übergängern in Bildungsgänge an berufsbildende Schulen, die zu einer Hochschulzugangsberechtigung führen, genauso so hoch,
  - ... Übergängerinnen und Übergängern in eine Berufsausbildung niedriger,
  - ... Übergängerinnen und Übergängern in den Übergangsbereich höher,als in der Gruppe der Schülerinnen und Schüler ohne Migrationshinweis.

**Abbildung 3 Vergleich zentraler Kennzahlen nach Migrationsstatus für das Land Bremen, Schuljahr 2009/10**



Quelle: Die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit

**Insbesondere am Übergang von der Grundschule zur Sekundarstufe I wurden deutliche Unterschiede zwischen Bremen und Bremerhaven festgestellt.**

- Die Städte Bremen und Bremerhaven unterscheiden sich bezüglich dieser Kennzahlen zum einen am Übergang in das Gymnasium: In Bremerhaven sind die Übergangsquoten von Migrantinnen und Migranten (34,8%) geringfügig höher als in der Gruppe der Schülerinnen und Schüler ohne Migrationshinweis (30,6%; insgesamt: 32,5%), jedoch sind die Quoten in Bremerhaven insgesamt niedriger als in der Stadt Bremen (mit MH: 36,6%; ohne MH: 42,4%, insgesamt: 40,4%).
- Auch beim Schuljahreswechsel 2011 blieb dieser Unterschied zwischen den beiden Gruppen in geringerer Ausprägung bestehen. In Bremerhaven erfüllen mit etwa 25% deutlich weniger Schülerinnen und Schüler das Leistungskriterium als in der Stadt Bremen (32,7%). Dabei ist auch hier ein deutlicher Unterschied zwischen Schülerinnen und Schülern mit und ohne Migrationshinweis festzustellen. Entsprechend ist in Bremerhaven

der Anteil derer, die an ein Gymnasium wechseln und zuvor das Leistungskriterium erfüllt haben, mit 72,9% niedriger und in der Oberschule mit 16,1% etwa genauso groß wie in der Stadt Bremen (Gymnasium: 77,1%; Oberschule: 17,4%).

- In der achten Jahrgangsstufe ist der Vorteil für Migrantinnen und Migranten in Bremerhaven nicht mehr sichtbar – bei gleichzeitig höheren Schulungsanteilen in dieser Gruppe.

**Für Mädchen mit und ohne Migrationshinweis wurden durchweg günstigere Ausprägungen der Kennzahlen festgestellt als für Jungen.**

**Ferner wurde für die Gruppe der Migrantinnen und Migranten eine Analyse nach zwei großen Herkunftsgruppen (Schülerinnen und Schüler mit russischsprachigem und türkischsprachigem Hintergrund) gemacht. Für Analysen zu anderen Herkunftsgruppen waren die Fallzahlen zu gering. Die zentralen Befunde:**

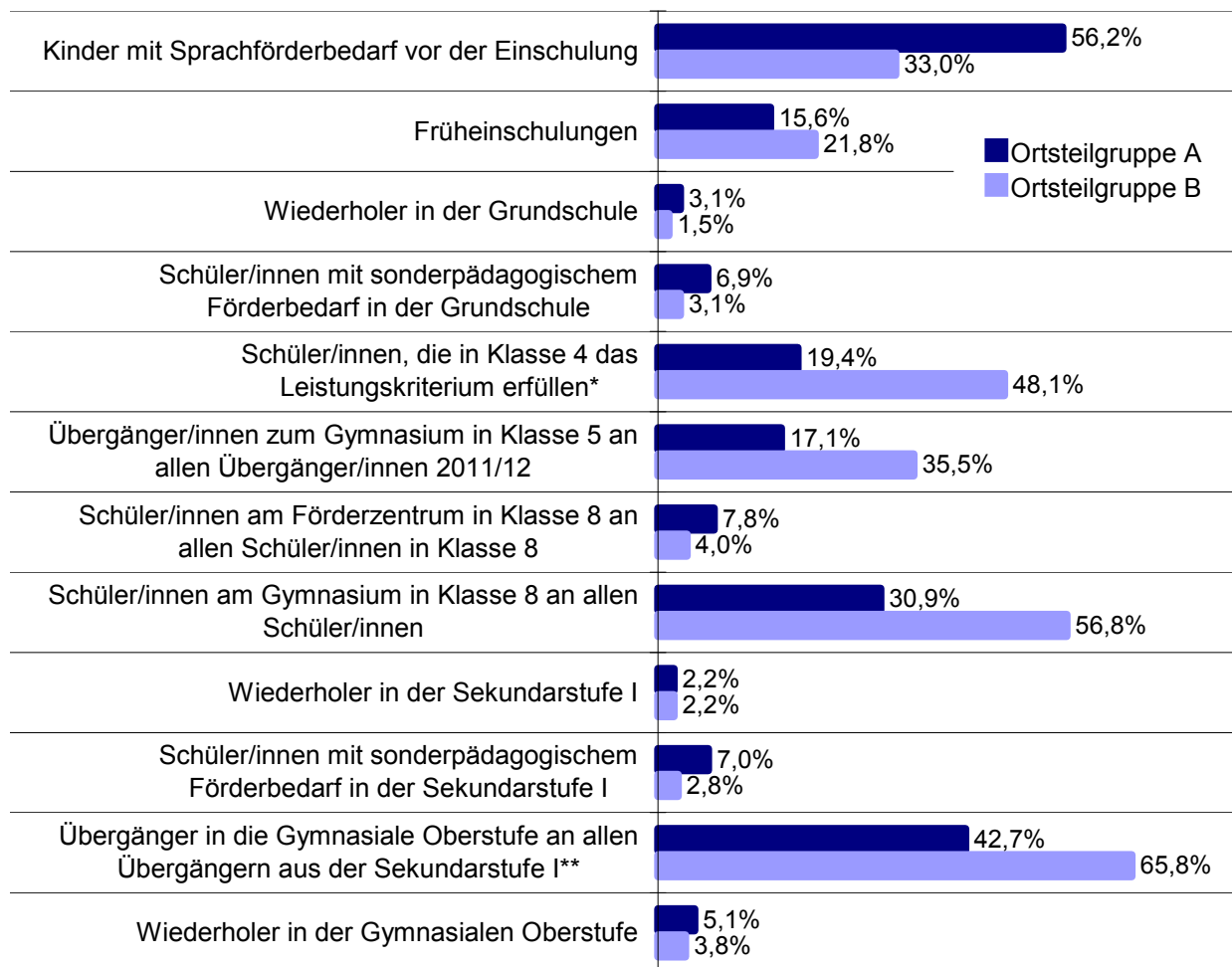
- Für Schülerinnen und Schüler mit vermutlich russischsprachigem Hintergrund wurden fast allen Kennzahlen deutlich ungünstigere Ausprägungen festgestellt als für Schülerinnen und Schüler ohne Migrationshinweis. Lediglich beim Übergang von der Primarstufe in die Sekundarstufe I wechselten Schülerinnen und Schüler dieser Gruppe häufiger in die Schulart Gymnasium als Mitschülerinnen und Mitschüler ohne Migrationshinweis.
- Für Schülerinnen und Schüler mit vermutlich türkischsprachigem Hintergrund sind im Vergleich zu den Schülerinnen ohne Migrationshintergrund durchweg ungünstigere Ausprägungen der Bildungskennzahlen festzuhalten.
- Eine vertiefende Analyse hat gezeigt, dass beide Gruppen besonders häufig in Ortsteilen mit hohem Armutsrisiko leben. Vor dem Hintergrund der in diesem Bericht präsentierten Befunde erscheint es sehr wahrscheinlich, dass die soziale Lage der Schülerinnen und Schüler der beiden Herkunftsgruppen die präsentierten Bildungskennzahlen sehr stark beeinflusst hat, Ursachen für Unterschiede im Bildungsverlauf also weniger in kulturellen als viel mehr in sozialen Faktoren zu suchen sind.

**In der Stadt Bremen schlägt sich die soziale und kulturelle Segregation in der Stadt deutlich in den Kennzahlen zu Übergängen in der Bildungsbiographie nieder.**

- Einen entsprechenden Überblick liefert die folgende → [Abbildung 4](#). Im Verlauf der Bildungsbiografie wirken in der Stadt Bremen an den zentralen Gelenkstellen im Bildungssystem Prozesse, die die Unterschiede in der Bildungsteilnahme und der erreichbaren Bildungsabschlüsse zwischen Kindern und Jugendlichen unterschiedlicher kultureller Herkunft und besonders unterschiedlicher sozialer Lage kontinuierlich vergrößern. Dabei werden insbesondere Migrantinnen und Migranten, die in einem von Armut bedrohten Umfeld leben, besonders benachteiligt.
- Soziale Risikolagen sind im Land Bremen damit also ein zentraler Faktor, der Bildungsbiografien beeinträchtigt. Und von diesem Risiko sind Migrantinnen und Migranten, das legen die Befunde nahe, in besonderer Weise betroffen.

**Abbildung 4 Vergleich zentraler Kennzahlen nach Ortsteilgruppen in der Stadt Bremen, Schuljahr 2009/10 bzw. \*2011/12**

Anteil / Quote der ...



Quelle: Die Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit

\* Leistungen in Deutsch und Mathematik oberhalb des Regelstandards (Schuljahr 2011/12)

\*\*Erhöhte Quoten durch Übergang des Doppeljahrgangs

## ► Teil G: Leistungen und Abschlüsse

**Schülerinnen und Schüler im Land Bremen und hier insbesondere Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund und aus Elternhäusern mit geringen Ressourcen erreichen insgesamt niedrigere Leistungen im Lesen als die in anderen Bundesländern.**

- Im Durchschnitt erreichten die Schülerinnen und Schüler des Landes Bremen 2006 am Ende der Grundschulzeit und auch 2009 kurz vor Ende der Sekundarstufe I niedrigere Lesekompetenzen als die der anderen Bundesländer.
- Für das Land Bremen wurde eine große Leistungsspreizung festgestellt: Während die leistungsstarken Schülerinnen und Schüler durchaus das Niveau der Schülerinnen und Schüler in anderen Bundesländern erreichen, ist dies im unteren Leistungsbereich nicht der Fall. Der Anteil sehr schwacher Schülerinnen und Schüler ist sehr hoch, ihre Leistungen sind zugleich sehr niedrig.

- Schülerinnen und Schüler aus Elternhäusern, die mit Blick auf die vorhandenen Bildungsressourcen weniger begünstigt sind und/ oder einen Migrationshintergrund haben, erbringen am Ende der Grundschulzeit im Durchschnitt deutlich schlechtere Leistungen als Kinder aus bildungsnahen Elternhäusern, in denen Deutsch die Verkehrssprache ist. In der Sekundarstufe I sind ebenfalls deutliche Kompetenzunterschiede zwischen Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund und zwischen Jugendlichen zu beobachten, die sich in Bezug auf ihre soziale Herkunft unterscheiden.

**Im Abitur 2009 haben Frauen im Durchschnitt bessere Noten erreicht als Männer, und Schülerinnen und Schüler ohne Migrationshinweis bessere als die mit Migrationshinweis.**

- Im Abitur 2009 schnitten die Frauen insgesamt ab als die Männer. In einer gesonderten Betrachtung der beiden Kommunen im Land Bremen stellte sich außerdem heraus, dass die Abiturergebnisse in der Stadt Bremen in jenem Jahr geringfügig besser ausfielen als in Bremerhaven.
- In der Stadt Bremen haben Absolventinnen und Absolventen mit Migrationshinweis im Abitur 2009 schlechter abgeschnitten als ihre Mitschülerinnen und Mitschüler ohne Migrationshinweis. Ein migrationsspezifischer Unterschied war für Schülerinnen und Schüler der Ortsteilgruppe B festzustellen, nicht aber für Schülerinnen und Schüler der Ortsteilgruppe A. Letztere erreichten zudem insgesamt leicht schlechtere Durchschnittsnoten.

**Allgemeinbildende Abschlüsse: Im Land Bremen erreichen insgesamt mehr Schülerinnen und Schüler das Abitur. Die Schulabbrecherquote ist niedriger als in den anderen Stadtstaaten, in der Stadt Bremerhaven jedoch auffallend hoch. Migrantinnen und Migranten und Schülerinnen und Schüler aus sozial benachteiligten Ortsteilen (in der Stadt Bremen) erreichen tendenziell niedrigere Schulabschlüsse.**

- Schülerinnen und Schüler im Land Bremen erreichten im Schuljahr 2009/10 häufiger das Abitur (Quote: 33,7%) als dies deutschlandweit der Fall ist (27,9%). In den beiden anderen Stadtstaaten lag die Quote leicht höher (Berlin: 34,2%; Hamburg: 37,3%). Zugleich lag die Quote der Personen, die das Schulsystem ohne Abschluss verlassen, im Land Bremen mit 6,1% unter dem bundesweiten Wert (7,0%) und auch unter den Werten von Hamburg (8,2%) und Berlin (10,4%). Auffällig hoch ist im Land Bremen mit 52,6% die Quote der Schülerinnen und Schüler, die einen mittleren Schulabschluss erreichen.
- In Bremerhaven war die Quote der Schülerinnen und Schülern, die eine allgemeine Hochschulreife (37,8%) oder den mittleren Schulabschluss (56,6%) erreichen, höher ist als in der Stadt Bremen (32,7% bzw. 51,6%). Zugleich war in der Seestadt aber auch die Quote der Abgängerinnen und Abgänger ohne Schulabschluss mit 12,7% doppelt so hoch wie in Bremen.<sup>3</sup>
- Schülerinnen und Schüler mit Migrationshinweis erreichen im Land Bremen tendenziell eher niedrigere Schulabschlüsse als ihre Mitschülerinnen und Mitschüler ohne Migrationshinweis. Dabei fällt der Unterschied in Bremerhaven stärker aus als in Bremen.
- Für Bremen konnte zudem gezeigt werden, dass Schülerinnen und Schüler aus Ortsteilen der Gruppe A seltener das Abitur erreichen und häufiger die Schule ohne Abschluss verlassen als ihre Mitschülerinnen und Mitschüler aus den Ortsteilen der Gruppe B. Für die Ortsteile der Gruppe A gilt zudem, dass hier Schülerinnen und Schüler mit Migrationshinweis seltener höherwertige Bildungsabschlüsse erreichen als Schülerinnen und

---

<sup>3</sup> Die Abschlussquoten beziehen sich auf die jeweils für den betrachteten Abschluss relevante Altersgruppe in der Bevölkerung. Daher addieren sich die Quoten nicht zu 100%.

Schüler ohne Migrationshinweis. Schließlich erreichen in den Ortsteilen der Gruppe A Migrantinnen und Migranten seltener das Abitur als in denen der Gruppe B.

**Neben berufsbildenden Abschlüssen werden in berufsbildenden Schulen zu einem substanziellen Anteil auch allgemeinbildende Abschlüsse erworben bzw. nachgeholt. Bremen und Bremerhaven unterscheiden sich in diesem Bereich deutlich.**

- Etwa 61% der Schülerinnen und Schüler an berufsbildenden Schulen im Land Bremen schließen einen Bildungsgang ab, in dem eine Berufsausbildung erworben wird. Die Werte für die beiden Städte unterscheiden sich aber deutlich: So werden aus Bildungsgängen, die zu einer Berufsausbildung führen können, in der Stadt Bremen etwa 62% der Schülerinnen und Schüler entlassen, in Bremerhaven sind es hingegen nur 56%.
- 15% der Schülerinnen und Bremen und 11% in Bremerhaven absolvieren ein Angebot der beruflichen Schulen, das zu einer Hochschulzugangsberechtigung führt.
- 15% schließen in der Stadt Bremen erfolgreich eine Maßnahme im Übergangsbereich ab, in Bremerhaven sind es knapp 23%.
- In Bremen verlassen 7,5% der Schülerinnen und Schüler am Ende des Bildungsgangs eine berufsbildende Schule, ohne den vorgesehenen Abschluss bzw. die vorgesehene Qualifikation zu erreichen, in Bremerhaven sind es über 10%.
- Immerhin 20% der Schülerinnen und Schüler erwerben in berufsbildenden Schulen (zusätzlich) einen allgemeinbildenden Abschluss. Das sind zwar insgesamt weniger als in Deutschland (24%), jedoch liegt diese Zahl auf einem ähnlichen Niveau wie in den anderen beiden Stadtstaaten. Die niedrigere Quote ist vermutlich drauf zurück zu führen, dass aus Niedersachsen einpendelnde Schülerinnen und Schüler häufiger eine Berufsausbildung erworben haben, aber seltener zusätzliche Abschlüsse (Analyse nur für Stadt Bremen möglich).

**Soziale und kulturelle Segregation in der Stadt Bremen schlägt sich auch in den Abschlüssen an berufsbildenden Schulen nieder**

- Schülerinnen und Schüler aus Ortsteilgruppe A erreichen an berufsbildenden Schulen tendenziell niedrigere Qualifikationen als diejenigen Schülerinnen und Schüler aus Ortsteilgruppe B. Der Anteil von Personen aus Ortsteilgruppe A, die einen zusätzlichen Abschluss erwerben, ist insgesamt niedriger, wie auch bezüglich des Erwerbs einer Hochschulzugangsberechtigung. Zugleich ist in diesen Ortsteilen der Anteil von Personen, die eine Berufsbildungsreife erreichen, höher. Bezüglich des Anteils beim zusätzlichen Erwerb eines Mittleren Schulabschlusses unterscheiden sich die Schülerinnen und Schüler aus den Ortsteilgruppen A und B kaum.
- Zusätzliche Abschlüsse werden von den Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus Ortsteilgruppe A in der Hälfte der Fälle im Übergangsbereich erworben – für die Schülerinnen und Schüler aus Ortsteilgruppe B trifft dies nur in einem Drittel der Fälle zu.
- Zugleich ist der Anteil von Personen, die das jeweilige Bildungsziel nicht erreichen, in Ortsteilen der Gruppe A deutlich höher.

**Mädchen und junge Frauen erreichen sowohl an allgemeinbildenden als auch an berufsbildenden Schulen tendenziell höherwertigere Abschlüsse als Jungen und Männer.**

## Weiterentwicklung von Indikatoren

Der hier vorgelegte Bericht ist vermutlich der bundesweit erste Bildungsbericht, in dem die Perspektive Migration leitend für nahezu alle Kapitel ist. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass die Datenlage für migrationsspezifische Analysen äußerst komplex ist, wie die Ausführungen auf den vorangehenden Seiten deutlich machen. Dies erschwert die Berichterstattung erheblich und verhindert in vielen Bereichen den Vergleich von Kennzahlen, und auch in diesem Bericht ist aus diesem Grund die Berechnung einfacher Kennzahlen nicht möglich, z.B. wenn für die Berechnung von Kennzahlen zur Bildungsbeteiligung Schüler- und Bevölkerungszahlen zu einander in Beziehung gesetzt werden müssten.

Im Land Bremen gesellen sich noch unterschiedliche Daten und Entwicklungsstände bezüglich der Datenauswertung in den beiden Städten des Landes hinzu. Für ein systematisches Bildungsmonitoring, das in einem sinnvollem Bezug zu anderen Monitoring-Instrumenten steht, erscheint es daher dringend erforderlich, die verschiedenen Verfahren aufeinander abzustimmen – nicht nur innerhalb des Landes Bremen, sondern auch mit den anderen Bundesländern. Hier könnte das Bundesprogramm Lernen vor Ort, durch das das Bildungsmonitoring in 40 Kommunen bereits stark unterstützt wurde, im Verbund mit dem Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung einen wichtigen Beitrag leisten.

Bezüglich der Merkmale zur Beschreibung von Bildungsprozessen und Merkmalen zur Bildungsorientierung im Elternhaus, denen für gelingende Bildung eine erhebliche Relevanz zugewiesen wird, ist die Datenlage bundesweit noch dünner. Dieses Desiderat schlägt sich auch in diesem Bericht nieder: Über entsprechende Kennzahlen kann – wie in fast allen Bildungsberichten in Deutschland – leider nicht berichtet werden. Hier gilt es in Zukunft entsprechende Informationsquellen zu erschließen. Zudem sollte diesen Punkten in der weiteren Forschung zur Entwicklung von Indikatoren besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Dabei sollten auch qualitative Methoden stärker in den Blick genommen werden.

### ► Lesehinweise, Veröffentlichung der Daten

Die in diesem Bericht verwendeten Darstellungen werden auf den Internetseiten der Bildungsbehörde → [www.bildung.bremen.de](http://www.bildung.bremen.de) gesondert zum Download bereitgestellt. Dort finden sich auch diejenigen Grafiken und Tabellen, welche nachfolgend im Text mit der Endung „web“ gekennzeichnet wurden und in der Printfassung des Berichts nicht abgebildet werden (Beispiel: → [Abb. B2.5web](#)).